



FIGU– ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

3. Jahrgang
Nr. 73, Juli 2017

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

=====

Die geplante Zerschlagung des Föderalismus

Freitags-Kommentar vom 16. Juni 2017, von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»; von szadmin

Schweiz-Abschaffer wagen neuen Anlauf

Flankiert von Schreibern der NZZ, lancieren Bundesfunktionäre neue Gedankenspiele, wie überholt der historisch gewachsene Schweizer Föderalismus mittlerweile sei. Der kleinräumige Staatsaufbau mit 26 Kantonen sei nicht mehr zeitgemäss, die Koordination der kantonalen Gesetzgebungen zu aufwendig. Dafür wird ernsthaft ein neuer, radikal umwälzender Vorschlag vorgebracht: Eine Schweiz mit 12 Kantonen, bestehend aus Metropolitanräumen und alpinen Randregionen. Ein brandgefährliches Unterfangen, das auf den Müllhaufen der Geschichte gehört.

Im «Raumkonzept Schweiz» – herausgegeben vom Bund, der Konferenz der Kantonsregierungen, Städten und Gemeinden – werden auf 107 Seiten Ideen, Leitlinien und Analysen zur künftigen Gliederung der Schweiz niedergeschrieben. Ein Papiertiger mehr, der zwar Unmengen an Steuergeldern verschlingt, aber wenig neue Erkenntnisse bringt, – nichts Neues also – könnte man meinen. Doch das Papier beinhaltet Zündstoff.

Schimpfwort «Kantönligeist»

Es werden in diesem Papier nämlich zwölf Handlungsräume definiert, «in denen Mobilität, Wirtschaft und Gesellschaft eng verflochten sind» und die sich – wie die Autoren behaupten – als neue Organisationseinheiten bestens eignen würden. Zwar vermeiden es die Autoren tunlichst, diese Handlungsräume als administrativen Ersatz für die Kantone einzufordern. Doch die Stossrichtung ist unverkennbar: Hier wird geistige (Anm. denkerische) Vorarbeit geleistet, um die Schweiz im Sinne einer neuen politischen Ordnung umzupflügen.

Die Masche ist alt und allseits bekannt. Die Schweiz mit ihren 26 Kantonen, 148 Bezirken und derzeit 2255 Gemeinden habe unzählige verschiedene Regelungen, unterschiedliche Schulferien, Lehrpläne, Steuerfüsse und Gesetze, was das Leben (fragt sich nur, für wen) «verkompliziere». «Kantönligeist» nennt sich der abwertende Kampfbegriff, mit dem unsere kleinräumige Landes-Struktur – meist von alles gleichschalten wollenden Funktionären – immer wieder beklagt und belächelt wird. So plädierte der Think-Tank Avenir Suisse schon vor etwa zehn Jahren für eine Neugliederung der Schweiz. Damals war es die grosse «Vision», die Schweiz in fünf bis sieben Metropolitanräume aufzuspalten.

Doch auch mit der neustrukturierten «Metropolitan-Schweiz», wie sie nun das «Raumkonzept Schweiz» andenkt, würde unser Land radikal umgewälzt werden. Das grösste Neu-Konstrukt wäre der «Metropolitanraum Zürich», der die Kantone Zürich, Schaffhausen, Zug, Glarus sowie Teile des Thurgaus, von St. Gallen, Aargau, Luzern und Schwyz umfassen würde. Das zweitgrösste Gebiet nach Einwohnern wäre die «Hauptstadtregion Schweiz»: Sie würde 1,03 Millionen Menschen beherbergen und den heutigen Kanton Bern sowie Teile von Solothurn, Neuenburg, Freiburg und der Waadt umfassen.



Radikale Umwälzung

Die Gründe, die für eine zentralisierte Schweiz ins Feld geführt werden, wiederholen sich seit einigen Jahren immer wieder. Im Leben der Bürger spielten Gemeinde- und Kantons Grenzen immer weniger eine Rolle. Man pendelt zur Arbeit in andere Kantone oder geht in den Verein des Nachbardorfs. Die grossen Ballungsräume hätten nicht das politische Gewicht, das ihnen aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung und Bevölkerungsanzahl zustehe, da die kleinen Kantone mit dem Zweikammersystem und dem Ständemehr bei Volksabstimmungen stärker gestellt seien.

So die Argumente derjenigen, welche den Schweizer Föderalismus «reformieren» wollen – durch staatlich geförderte Gemeindefusionen und als gesetzliche «Harmonisierung» getarnte Gleichschaltung, indem immer mehr Kompetenzen auf den Bund übertragen werden. Doch sind das wirklich Faktoren, die «matchentscheidend» sind? Würde die Schweiz durch die Abschaffung der Kantone, wie wir sie kennen, wirklich besser fahren? War nicht gerade die föderalistische, subsidiäre Gliederung der Schweiz ein Garant dafür, dass sich unser Land in Wohlstand entwickeln konnte?

Erfolgsgarant Föderalismus

Es mutet in der Tat seltsam an, dass es in Anbetracht der seit Jahren anhaltenden Systemkrise zentralistischer Gebilde in Europa tatsächlich noch Stimmen gibt, die genau die Standortvorteile, die die Schweiz gegenüber der Konkurrenz auszeichnen, beseitigen wollen. Es sind gerade die Kleinräumigkeit, die bürgernahen Entscheidungswege, der Steuerwettbewerb, die die Schweiz für so viele Unternehmen, aber auch für nach Lebensqualität strebende Bürger attraktiv macht. Höchstens für einige Politiker und nach Macht gierende Funktionäre in den Verwaltungen mag die föderalistische Schweiz ein Hemmschuh sein, da er allzu krasse Machtballung verunmöglicht oder zumindest erschwert.

Hinzu kommt, dass all die auf Papier entworfenen, mit grossen Ankündigungen bereits in die Tat umgesetzten Zentralisierungs-Projekte in der Realität grandios gescheitert sind. Wie die SRF-«Rundschau» am 14. Dezember 2016 berichtete, lässt sich anhand von 160 untersuchten Gemeindefusionen, die seit der Jahrtausendwende beschlossen und umgesetzt worden sind, erstmals wissenschaftlich belegen, dass diese zu keinerlei Kosteneinsparungen geführt haben. Denn klar ist: Je grösser eine Gemeinde, desto grösser das Aufgabengebiet, desto mehr Personal muss zusätzlich angestellt werden.

Aus der Vergangenheit lernen

Bei kleinen Gemeinden steht der sparsame Umgang mit den Mitteln im Zentrum. In grösseren, weniger überschaubaren Gebilden, fällt der einzelne Kostenpunkt im Budget weniger ins Gewicht. Die direkte Betroffenheit nimmt ab. Was früher oft auf ehrenamtlicher Basis passierte, muss in fusionierten Gross-Gemeinden durch teuer bezahlte Funktionäre verrichtet werden. Bürokratische Strukturen, die es in einer Gemeinde mit tausend Einwohnern nicht brauchte, sind bei einer Einwohnerzahl von Viertausend Pflicht. Ein hierbei klassisches Beispiel eines Kostenträgers ist die ausserschulische Jugendarbeit. Ganz zu schweigen vom Identitätsverlust und den demokratiepolitischen Defiziten, die Zusammenschlüsse kleinerer politischer Einheiten bewirken – seien es Kantone oder Gemeinden. In fusionierten Gebilden bestimmen weniger Leute über mehr. Der Einzelne verliert an Stimmkraft, was sich vielerorts anhand drastisch sinkender Stimmbeteiligungen nachweisen liess.

Egal ob heute oder morgen: Finger weg von unserem Föderalismus!

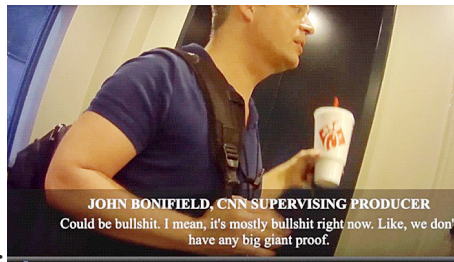
Anian Liebrand

Quelle: http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/die_geplante_zerschlagung_des_foederalismus-3132

Fake News: «Fast alle Berichte über Russland sind Bullshit» – Versteckte Kamera bei CNN-Produzent

27.06.2017 • 12:33 Uhr

Der hochrangige CNN-Produzent John Bonifield ist mit versteckter Kamera gefilmt worden, wie er über die Russland-Berichterstattung von seinem Sender herzieht. Die anti-russischen Berichte, wie die angebliche Einmischung in die US-Wahlen, würden in erster Linie wegen der Einschaltquoten bei CNN produziert, so Bonifield. Dabei gebe es, laut ihm, keine richtigen Beweise für diese angebliche Wahleinmischung durch Russland.



Journalist: «Warum geht es bei

CNN ständig so zu: Russland war dies und Russland war das?

Bonifield: «Weil es um die Quoten geht und unsere Quoten zur Zeit sind unglaublich.»

Er gab dem US-Präsidenten Donald Trump recht damit, als dieser die Berichterstattung mit einer Hexenjagd verglich. Aber hielt auch fest, dass «Trump gut für das Geschäft» sei.

Veröffentlicht hat das Video «Projekt Veritas», welches das Ziel hat, «Korruption, Unehrlichkeit, einseitige Berichterstattung, Verschwendung, Betrug und anderes Fehlverhalten in öffentlichen und privaten Institutionen zu untersuchen und aufzudecken, um eine mehr ethische und transparente Gesellschaft zu erreichen.» Der Moderator leitet die Sendung wie folgt ein:

«Unser Ziel ist es, die wirklichen Motivationen hinter den Entscheidungsprozessen in unseren dominanten Medienkonzernen zu entlarven: Fake News.

Eine Geschichte hat die bisherige Amtszeit des Präsidenten Trump beherrscht wie keine andere, vor allem auf CNN: Russland! Tatsächlich hat CNN seit der Vereidigung Trumps Russland während seiner Sendezeit fast 16 000 Mal erwähnt. Deshalb haben wir unseren verdeckten Reporter zu CNN geschickt, um zu verstehen, warum. Und um herauszufinden, ob CNN selbst glaubt, dass diese Geschichte wirklich wahr ist.

Scheinbar nicht, denn Bonifield äussert sich folgendermassen:

Journalist: «Aber jetzt mal ehrlich, diese Russland-Geschichte ist alles totaler Quatsch, richtig?»

Bonifield: «Ja, meistens ist es Schwachsinn, wir haben keinen grossen Beweis. Ich denke, wir haben keinen Beweis, aber wir wühlen weiter danach. Trump hatte recht, als er es eine Hexenjagd nannte.»

Journalist: «Also glaubst du auch, dass diese ganze Russland-Geschichte etwas verrückt ist?»

Bonifield: «Selbst wenn Russland wirklich versucht hat, die Wahl in eine andere Richtung zu lenken ... wir tun dasselbe in Russland. Unsere CIA macht die ganze Zeit solchen Mist. Wir sind in der Welt unterwegs und versuchen Regierungen zu manipulieren.»

Vorwürfe machte er auch dem Chef von CNN. Er berichtet von einem internen Meeting, in dem die anti-russische Linie in der Redaktion zum Vorschein kam. CNN-Chef Jeff Zucker soll dort folgendes von sich gegeben haben: «Ihr habt alle gute Berichterstattung über das Klima-Abkommen gemacht, aber wir sind fertig damit. Lasst uns zum Thema Russland zurückkehren.»

Quelle: <https://deutsch.rt.com/kurzclips/53075-fake-news-fast-alle-berichte-bullshit-cnn/>

Nach Eskalation zwischen Russland und USA: Wagenknecht warnt vor drittem Weltkrieg

RT Deutsch; Mi, 21 Jun 2017 13:38 UTC

Die Fraktionschefin der Linken im Bundestag sieht nach dem Abschuss eines syrischen Kampffjets durch Amerikaner die Gefahr einer Eskalation, bis hin zu einem dritten Weltkrieg. Moskau gab bekannt, alle Ziele ins Visier zu nehmen, die in Syrien operierten.



© www.globallookpress.com Rainer_Droese

Sarah Wagenknecht beim Parteitag der Linken, Hannover, Deutschland, 11. Juni 2017.

Die USA haben ihr Vorgehen bis dato damit begründet, «Selbstverteidigung» gegen das syrische Kampfflugzeug geübt zu haben, das nahe Rakka Stellungen der US-verbündeten Syrischen Demokratischen Kräfte angegriffen habe. Syrien wies diese Darstellung zurück und betont, man sei gegen die Terrormiliz vorgegangen. Während ihres Parteitags hatte die Linke gefordert, ein «kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands» zu schaffen, das die NATO ablösen soll.

«Bundeswehr raus aus dem Krisengebiet»

Wagenknecht sieht angesichts der jüngsten Entwicklungen auch die Gefahr einer Konfliktausweitung auf Deutschland und fordert den Abzug der Bundeswehr aus dem Krisengebiet:

Die Bundesregierung muss sofort handeln und die deutschen Soldaten aus der Konfliktregion zurückziehen. Die Bundeswehr darf nicht Teil dieses Kriegsszenarios werden.

Nach dem US-Abschuss eines syrischen Flugzeuges in syrischem Luftraum erklärte das russische Verteidigungsministerium, dass künftig in Zukunft alle Flugzeuge, die in Syrien westlich des Euphrat operieren, als Ziele erfasst werden. Die USA haben daraufhin in einer Reaktion erklärt, von ihrem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch gemacht zu haben. Der syrische Kampfjet habe Stellungen von Rebellen bombardiert, die von den Amerikanern unterstützt werden.

Von Angela Merkel fordert die Partei der Linken eine Stellungnahme zum Konflikt in Syrien. Vor dem umstrittenen Angriff auf eine syrische Luftwaffenbasis in der Provinz Homs Anfang April hatte die US-Regierung Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen unterrichtet. Von der Leyen gab diese Informationen an die Bundeskanzlerin weiter.

Merkel wollte sich nach Angriff im April erst mit Frankreich und Italien abstimmen

Es dauerte jedoch, bis die Bundesregierung auf den Angriff der Amerikaner reagierte. Die Zeitung «Die Welt» berichtet, dass die zeitliche Verzögerung entstanden sei, weil die Bundeskanzlerin sicherstellen wollte, dass auch Aussenminister Sigmar Gabriel, der SPD-Vorsitzende Martin Schulz, der damalige französische Präsident François Hollande und auch der italienische Ministerpräsident Paolo Gentiloni auf einer Linie sind.

Einigkeit bestand auch dann zwischen Kanzleramt und Élysée-Palast: Syriens Präsident Assad sei zu verurteilen, nicht die Amerikaner. Der Angriff soll ein Akt der Vergeltung für einen angeblichen Giftgasangriff auf Zivilisten gewesen sein, den die USA trotz fehlender Beweise vorschnell der Regierung in Damaskus anlasteten. Auch US-Analysten für Nahost warnten jüngst vor einem chaotischen Kurs der Amerikaner in Syrien, der zu einem Flächenbrand führen könnte.

Quelle: <https://de.sott.net/article/29893-Nach-Eskalation-zwischen-Russland-und-USA-Wagenknecht-warnt-vor-drittem-Weltkrieg>

FIGU-Informationen zur Forderung nach einem «kollektiven Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands»

**Das einzig Effektive für die Herstellung und Sicherung des Weltfriedens wäre die Installation von
Multinationalen Friedenskampftruppen nach dem Vorbild von Nokodemion.**

Auszug aus «FIGU-Offener-Brief Nr. 3 vom März 2008:

Sicherung des Weltfriedens mit einer Multinationalen Friedenskampftruppe

Der folgende Artikel von Barbara Harnisch und Billy ist aus der FIGU-Kampfschrift «Überbevölkerung» vom Februar 1995/2017. Für weitere Informationen zu diesem Thema siehe die FIGU-Website unter www.figu.org. Weltfrieden und Multinationale Friedenskampftruppen ... Wie bereits der Name sagt, besteht eine Friedenskampftruppe aus einer multinationalen Zusammensetzung ausgebildeter Wehrmänner und Wehrfrauen. Jedes Land bildet zu diesem Zweck prozentual zur Grösse und Bevölkerung soundso viele Männer und Frauen als Friedenskämpfer aus, die in ihrer Gesinnung friedfertig sind und auch für das Leben anderer einzustehen bereit sind. So ergibt sich eine riesige und mehrere Millionen Menschen umfassende Friedenskampftruppe, die über die ganze Erde verteilt wird. Sie setzt sich für den Frieden ein und hat den Frieden der Welt als oberstes Gebot. Ihre Pflicht ist es, Menschenleben zu schützen und, wenn nötig, unter persönlichem Einsatz notfalls auch mit der Waffe zu verteidigen sowie Schuldare, Kriegshetzer, Diktatoren, Terroristen und Kriminelle und Verbrecher usw. zu entmachten und dafür zu sorgen, dass im betroffenen Land keine neue Unruhen usw. mehr

ausbrechen können. Die grosse Zahl der Mitwirkenden allein muss schon gewährleisten, dass sie für jeden Fall in jedem kriegführenden Land, wo sie eingreifen müssen, dessen Zahl der Armeemitglieder, Kriminellen und Verbrecher usw. um ein Vielfaches übersteigen und also eine grosse Übermacht bilden in friedensstiftender Form, so keine Chance gegen sie besteht, wenn sie kriegsgerisch angegriffen werden sollten. Die Kommunikation rund um den Erdenball funktioniert heute in Sekundenschnelle; dadurch ist es möglich geworden, dass die Befehlshabenden einer solchen Friedenskampftruppe stets informiert und auf dem Laufenden gehalten werden können. Bricht so irgendwo eine Unruhe aus, nehmen Kriminalität und Verbrechen überhand oder wiegelt ein Kriegshetzer seine eigene Armee auf, dann muss augenblicklich eine mindestens 10fache Übermacht an Friedenskämpfern mobil gemacht werden, die sofort und auf kürzestem Wege an den Ort der Unruhe entsandt wird, um den Krisenherd bereits im Keime zu ersticken, damit kein Krieg usw. eskalieren kann.

Die riesige Übermacht der Kampftruppe allein erlaubt es, von allen Seiten in das Unruheland einzufallen, die Angreifer einzukreisen und dingfest zu machen. Dabei erfolgt der verteidigende Angriff gleichzeitig auf das Heer und auf die Befehlshabenden, und immer entsprechend den Angriffsdrohungen des kriegführenden Landes. (Ein Volksaufstand oder Kriminalitäts- und Verbrechenüberhandnahme erfordern andere Massnahmen als eine Atombombendrohung.) Ist der Krisenherd beseitigt, dann werden sofort sämtliche Waffen des betreffenden Landes vernichtet. Waffen zur Verteidigung besitzt zuletzt nur noch die Multinationale Friedenskampftruppe, wobei diese derart gelagert und kontrolliert sein müssen, dass keine Machtgelüstende, Vergeltungssüchtige oder Profitgierige, Verbrecher und Kriminelle dazu Zugang haben. Die Friedenskampftruppen können und dürfen diese Waffen auch nur dann erhalten und einsetzen, wenn die Notwehr dies erfordern sollte. Die Friedenskampftruppen gewährleisten, dass mit der Zeit Möchtegern-Diktatoren, Kriegshetzer, Kriminelle, Verbrecher und Feinde gegen Leib, Leben, Hab und Gut ausgerottet werden durch menschlich vertretbare, jedoch rigorose Massnahmen, wodurch der Frieden und die Sicherheit für alles Leben weltweit hergestellt wird, und zwar bleibend. Eine Friedenskampftruppe hat rein gar nichts zu tun mit einem neuerlichen Kriegszustand oder mit einer neuen Machtgruppe auf der Erde, sondern sie übt lediglich die Funktion des Schutzes und der logischen Gewaltanwendung aus. Solange die Menschheit derart ausartet, wie dies seit sehr langer Zeit der Fall ist und wie dies heute Meldungen täglich immer wieder bestätigen, derart lange ist eine Organisation notwendig, die solchen menschen- und lebensfeindlichen Handlungen Einhalt gebietet. Ein Kriegshetzer, Kriegsführender, Despot, Diktator, Krimineller oder Verbrecher kann nicht mit freundlichen Worten zur Vernunft gebracht werden; nur schon allein die Idee, Kriegsbefehle zu erteilen oder andere Menschen zu drangsalieren, zu berauben und zu bestehlen, andere mit Rauschgift auszusaugen und zu töten usw., zeugt davon, dass solche Menschen, die das tun, in ihrem Denken und Handeln krank, irre und ausgeartet sind in lebens- und menschenfeindlicher Art und Weise. ...

Weitere FIGU-Texte dazu:

<http://www.figu.org/ch/verein/periodika/sonder-bulletin/2006/nr-26/stimme-der-vernunft>
<http://www.figu.org/ch/ufologie/kontaktberichte/kontaktbericht-251>

Auf leisen Sohlen in die Diktatur

Veröffentlicht am 21. Juni 2017; Vera Lengsfeld

Vor wenigen Tagen legten Linksextremisten an 13 Stellen Kabelbrände bei der Bahn und sorgten für einschneidende Behinderungen im Bahnverkehr. Tausende Reisende waren betroffen. In Berlin dauerte es zwei Tage, ehe die S-Bahn wieder planmässig fuhr. In einem Bekennterschreiben, das auf der berühmten linksradikalen Plattform indymedia veröffentlicht wurde, heisst es: «Heute Morgen haben wir die Kabelstränge entlang mehrerer Hauptstrecken der Bahn in Brand gesetzt.» Das Bekenntnis wurde verfasst von «Shutdown G20 – Hamburg vom Netz nehmen». Die Bahn als «zentrales Nervenorgan des Kapitalismus» sei mit der Aktion angegriffen worden. «Wir rufen unseren Widerspruch in das Gedächtnis der Maschinisten. So wie im Juli beim Gipfel der G20 in Hamburg.» Für den G20-Gipfel wird, wie unlängst in Köln, die «Hölle» angedroht.

Zeitgleich randalierten Linksradikale in Berlin tagelang in der Rigaer Strasse und verletzten zahlreiche Polizisten. Mehr höllische Gewaltaktionen werden angekündigt.

Gestern (20.6.2017) fand eine bundesweite Grossaktion der Polizei statt. 23 Dienststellen der Polizei durchsuchten unter Führung des Bundeskriminalamtes die Wohnungen von mutmasslichen Kriminellen. Wer einen Augenblick lang geglaubt hat, es würde jetzt endlich einmal gegen linksradikale Gewalttäter durchgegriffen, sah sich getäuscht. Es handelte sich um den zweiten bundesweiten «Aktionstag gegen Hasspostings» im Netz. Gerichtet

gegen «rechts motivierte Volksverhetzung», zwei linke Hassposter als Alibi und einen nicht näher bezeichneten Fall, wo die sexuelle Orientierung des Opfers das Angriffsziel gewesen sei. Islamistische Hasspostings scheint es nicht zu geben.

Der Hass im Netz vergifte das gesellschaftliche Klima und könnte zu einer «Radikalisierung von Einzelnen oder Gruppen» führen», warnte das BKA. Während die bereits aktiven Radikalen ungeschoren bleiben, sorgt man sich um die mögliche Radikalisierung Einzelner. Eine mehr als seltsame Prioritätensetzung. Merkwürdig, oder soll man besser sagen bezeichnend, ist das Timing. Am Tag zuvor fand im Bundestag eine Anhörung zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz von Heiko Maas statt, die verheerender für den Justizminister nicht ausgehen konnte. Von den zehn geladenen Experten lehnten sieben das Gesetz ab, zwei stimmten ihm zu, forderten aber Nachbesserungen, nur einer meldete keine Vorbehalte an. Noch nie ist eine Gesetzesvorlage einer Bundesregierung so vernichtend verrissen worden.

Heute, am Tag nach der bundesweiten Aktion, über die in allen Medien breiter berichtet wurde, als über die Kabelbrände, die Millionenschäden angerichtet und zehntausende Bahnreisende erheblich beeinträchtigt haben, wird der Gesetzentwurf in den Ausschüssen beraten. Alles deutet darauf hin, dass trotz aller schwerwiegenden Bedenken das Gesetz durchgepeitscht werden soll. Mit dem Aktionstag sollte offensichtlich die angebliche Notwendigkeit dafür unterstrichen werden.

Zusätzlich rief der BKA-Präsident Holger Münch die Bürger zur Denunziation auf. Die Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet sei eine grosse, gesamtgesellschaftliche Aufgabe. «Nahezu jeder kann einen Beitrag leisten. Unterstützen Sie die Bekämpfung von strafbaren Hasspostings, indem Sie Strafanzeige erstatten oder die Internetunternehmen, Meldestellen, Verbände und Vereine über anstössige Internetinhalte informieren.»

Sollen Polizei und Staatsanwaltschaft, die nicht mehr in der Lage sind, angemessen Wohnungseinbrüche und andere kriminelle Delikte zu verfolgen, flächendeckend mit vermuteten Straftaten im Netz beschäftigt werden? Nein, nach dem Maasschen Zensurgesetz sollen Privatunternehmen diese Arbeit leisten. Die Aufforderung des BKA-Präsidenten gleicht einer Einladung zur Hexenjagd. Nach der Logik des «Hexenhammers», jenes theologischen Traktats, das die Verfahrensregeln für die Hexenjagd aufstellte, war jede angezeigte Frau schuldig. Das Schuldeingeständnis wurde spätestens unter der Folter geliefert. Jeder wachsame Bürger war aufgerufen, die Machenschaften der Hexen weiter zu melden. Während der Hexenjagd hat das dazu geführt, dass in manchen Dörfern keine Frau überlebt hat, weil es zu massenweisen Anzeigen kam, die aus Rache für vorhergehende Anzeigen gemacht wurden.

Indem der BKA-Präsident zum fleissigen Denunzieren aufruft, legt er die Beurteilung, ob eine Äusserung strafwürdig ist, in das Ermessen des Anzeigenden. Das wird zu einer Anzeigenorgie führen.

Natürlich haben alle von den ermunterten Internetz-Spitzeln Angezeigten nicht den Feuertod zu befürchten, aber die gesellschaftliche Ächtung schon. Wehren kann man sich dagegen kaum. Wie mit unrechtmässig gelöschten Äusserungen umgegangen werden soll, ist im Gesetzentwurf bisher nicht festgelegt.

So werden durch das Maassche Gesetz Verhältnisse hergestellt, die denen in einer Diktatur eher gleichen, als denen in einer demokratischen Gesellschaft. Kein Geringerer als der Autokrat Alexander Lukaschenko hat das erkannt und den Gesetzentwurf unseres Justizministers als Blaupause für eine Gesetzgebung in Weissrussland gelobt, die geeignet ist, die Opposition in seinem Land wirksam zu bekämpfen.

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/06/21/auf-leisen-sohlen-in-die-diktatur/>

Vereinigte Staaten für 81 Prozent aller Kriege verantwortlich!

Veröffentlicht von: Alpenschau am: 28. Juni 2017

Die Vereinigten Staaten haben von den 248 bewaffneten Konflikten seit Ende des 2. Weltkriegs 201 begonnen und mehr als 30 Millionen Menschen ermordet.

Die Vereinigten Staaten befinden sich, seit ihrer Gründung im Jahre 1776, 222 Jahre im Krieg.

Das sind über 90 % Prozent der Gesamtzeit der Existenz dieses Staates.

Kein amerikanischer Präsident war wirklich qualifiziert, als Friedenspräsident in die Geschichte einzugehen. Stattdessen können alle US-Präsidenten praktisch als «Kriegspräsidenten» und die schlimmsten Schlächter bezeichnet werden.

Fakten:

- Seit dem 2. Weltkrieg hat die Erde 248 bewaffnete Konflikte erlebt. Die USA begannen 201 (81 Prozent) von ihnen.

- Bei diesen bewaffneten Angriffen wurden mehr als 30 Millionen Menschen vom amerikanischen Militär ermordet.
- 90% dieser Todesfälle sind Millionen unschuldiger Kinder, älterer Menschen und gewöhnlicher Arbeiter, sowie zivile Frauen und Männer.
- Die Amerikaner haben in all diesen Kriegen mehr Menschen ermordet als Hitlers Nazis.
- Offizielle Berichte bestätigen, dass alle «Gründe» die die USA für die bewaffneten Angriffe nannten, nachweislich falsch waren.

Die Vereinigten Staaten haben in ihrer Geschichte noch kein einziges Jahrzehnt ohne Krieg erlebt.

Die einzige Zeit, in der sie es schafften, ohne Krieg zu bleiben, war 5 Jahre von 1935–1940, während der isolationistischen Periode der Grossen Depression.

Quelle: *Der Wächter – Die Alpenschau bedankt sich!*

Quelle: <http://alpenschau.com/2017/06/28/vereinigte-staaten-fuer-81-prozent-aller-kriege-verantwortlich/>

Wenn Legalität überwunden ist, sind Rücktritte und Vertrauensfragen nicht mehr nötig

27. Juni 2017; Autor: davidbergerweb; Ein Gastbeitrag von Andrea Berwing



© Martin Rulsch, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

Willi Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl haben dem Bundestag die Vertrauensfrage gestellt, wenn es heiss wurde, Gerhard Schröder sogar zweimal.

Echte Vertrauensfragen hat es im deutschen Bundestag nur zweimal gegeben – im Februar 1981 auf Antrag von Helmut Schmidt insbesondere im Hinblick darauf, dass grosse Teile der SPD seine Politik zum Nato-Doppelbeschluss nicht unterstützten, und im November 2001 auf Antrag von Gerhard Schröder, weil Teile der Grünen den Eintritt in militärische Handlungen in Afghanistan ablehnten. In beiden Fällen wollte der jeweilige Bundeskanzler die Abtrünnigen in seiner eigenen Truppe zwingen, ihm zu folgen oder Neuwahlen herbeizuführen.

Die anderen drei Vertrauensfragen (Willy Brandt 1972, Helmut Kohl 1982 und Gerhard Schröder 2005) waren sogenannte unechte Vertrauensfragen, mit denen die jeweiligen Kanzler Neuwahlen herbeiführen wollten, was das Grundgesetz – wegen der schlechten Erfahrungen in der Weimarer Republik – eigentlich nicht vorsieht. Unecht deshalb, weil die Regierung – jedenfalls 1982 und 2005 – eine Mehrheit hatte, und das Vertrauen nur deshalb nicht ausgesprochen wurde, weil Teile der Regierungsmehrheit sich aus taktischen Gründen enthielten.

Angela Merkel hat keinen Anlass, die Vertrauensfrage zu stellen, weil sie sich einer breiten Mehrheit ihrer Koalition im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik sicher sein kann. Im September sind Wahlen. Würde Frau Merkel die Bedeutung der Frage erkannt haben, dann wäre der Zeitpunkt im Herbst 2015 reif gewesen, wenn Teile von SPD und CDU gegen diese Politik gewesen wären. Dass dies nicht der Fall war, wissen wir. Grund genug ist jedoch zu jeder Zeit gegeben gewesen, da Frau Merkel vom konservativen Kurs der CDU stark abwich. Sagte sie noch 2013: «Die Migration ist gescheitert!» ist der Kurs seit 2015 ein komplett anderer. Der Wahlauftrag ist hier im Grunde nicht erfüllt. Innere Sicherheit ein Thema.

Hermann Oxfort, Bürgermeister von Berlin und Senator für Justiz, trat 1975 wegen des Ausbruchs von vier Frauen (RAF-Terroristinnen) aus der Frauenhaftanstalt von seinen Ämtern zurück.

Rudolf Seiters, damals Bundesinnenminister, CDU-Politiker, trat am 4. Juli 1993 zurück. Die Festnahme zweier RAF-Terroristen in Bad Kleinen am 27. Juni 1993 hatten die Bundesregierung und die Sicherheitsbehörden in eine schwere Krise gebracht. Rudolf Seiters zeigte Rückgrat: «Aus meiner Sicht war der Rücktritt richtig, er war allerdings schmerzlich. Ich glaube, dass ich ein erfolgreicher Minister war. Aber manchmal muss man auch ein persönliches Opfer bringen ... Zum Zweiten wollte ich die Bundesregierung von einem unwürdigen Prozess der

gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen Ministerien und Behörden bewahren. Das ging ja schon in den ersten Tagen los.» ... so der heutige Präsident des Deutschen Roten Kreuzes.

Unwürdige Prozesse: Wie sieht das heute aus?

Im Fall von Anis Amri, dem Terroristen und Attentäter im Dezember 2016, der 12 Tote und mehrere Verletzte auf dem Gewissen hat, berichtet die Morgenpost von Vertuschung. – Rücktritte bisher: Keine. Jäger lehnt Rücktritt ab.

Für mich persönlich sind Robin Alexanders Ausführungen in «Die Getriebenen», ohne ihm zu nahe treten zu wollen, die Regierung wollte schlicht unschöne Bilder vermeiden, als sie die Grenzen einfach offen liess und auch keine Kontrollen einführte, nicht schlüssig.

Wie viele unschöne Bilder werden jetzt unterdrückt, Nachrichten über Kriminaldelikte nur regional gebracht, sei es der Mord an der Freiburger Studentin, für dessen Nichtbericht der Tagesschau-Chef sich persönlich später rechtfertigte, seien es fehlende Täterbeschreibungen, die, wenn sie von «Politisch nicht gewollten Phänotypen» begangen werden, teilweise erst Monate später in das Netz gestellt werden, um Täter ausfindig zu machen.

Wie viele unschöne Bilder innerhalb unseres Landes sind seit der Flüchtlingskrise entstanden.

Doch: Sind das keine vermeidenswerten unschönen Bilder? Und vermeidenswert, indem Gesetze, die existieren, zur Anwendung kommen?

An die Naivität von Politikern glauben noch viele Menschen: Politiker haben Kontakt mit Geheimdiensten, sie wissen genau, was für Aufgaben und Probleme auf eine Gesellschaft zukommen, die einhergehen mit bestimmten Entscheidungen. Vielleicht war genau dies der Grund dafür: Erinnern sie sich an den von Herrn Maas ernst gemeinten Vorschlag, lebenslange Haft für Mord abzuschaffen und auf bis zu 5 Jahre abzusenken?

«Aus Illegalität Legalität machen» sagt Frau Merkel. Was heisst das? Aus den Synonymen für Illegalität leiten sich folgende Bedeutungen ab: Einen Zustand der Rechtsbrüchigkeit legal machen. Gesetzesbrüche legalisieren. Den Untergrund legalisieren. Ungesetzlichkeit legalisieren. Widerrechtlichkeit legalisieren. Unrechtmässigkeit legalisieren. Unstatthaftigkeit legalisieren. Unzulässigkeit legalisieren. Verfassungswidrigkeit legalisieren. Unrecht legalisieren. Entgleisungen legalisieren. Fehler legalisieren. Straftat legalisieren. Sünde legalisieren. Vergehen legalisieren. Zuwiderhandlung legalisieren. Übertretung legalisieren. Verstösse legalisieren. Pflichtverletzung legalisieren. Missetaten legalisieren.

Illegalität erhöht den Druck auf die gesamtgesellschaftlich bestehenden Verhältnisse. Aus Illegalität Legalität machen, geht das?

Ein geklauter Porsche bleibt geklaut, auch wenn er später irgendwo anders gekauft wird. Eine Vergewaltigung bleibt eine und wird keine Beglückung. Ein Mord bleibt ein Mord und ist kein Totschlag. Landfriedensbruch bleibt Landfriedensbruch.

Ein Scheinvater bleibt ein illegaler Vater, auch mit Papieren. Er ist nicht biologischer Vater und wird es auch nie sein.

Aus Illegalität wird keine Legalität geboren. Man kann sich durchwurschteln, lügen, betrügen, doch irgendwann wird man für alles eine Verantwortung übernehmen müssen.

«Aus Illegalität Legalität machen», ist das der Leitsatz von Frau Merkel, ihre ganz eigene merkwürdige Kontinuität, um dem Strom des Lebens und der Zeit standzuhalten? Trotz des steilen Anstiegs der Gewalt- und Tötungsdelikte, auch der Vergewaltigungsdelikte, stellt Frau Merkel keine Vertrauensfrage. Es lässt sie schlichtweg kalt, was innerhalb von Deutschland und den fiktiven Grenzen geschieht. Geht nichts schief?

Ist es fehlende Selbstreflektion, Egalität, soziale Kälte oder mangelndes Verantwortungsbewusstsein? Ist es ein böser Plan?

Umso fataler ist, wenn Männer, die schon immer Verantwortung in Hierarchien übernommen haben, sich diesen Frauen anpassen, statt zu zeigen, wie es geht! Nur Kinder glauben, dass das, was sie verschweigen, niemals ans Licht kommt.

«Künstler und Verbrecher sind doch Weggefährten; beide sind ohne Moral, verfügen über eine verrückte Kreativität, nur getrieben von der Kraft der Freiheit.» (Joseph Beuys)

Wenn Demokratie entgegengesetzt zu einer Diktatur Freiheit ist, dann ist selbst Anarchisten und Freigeistern, die nicht immer mit dem Gesetz auf der Linie liegen, der Demokratiewunsch näher, als denen, die vom Gesetz

her zu genau dieser Treue verpflichtet sind. Und sich vor allen Dingen selbst dazu verpflichtet haben. Davon ist nicht mehr viel zu spüren heute. Früher waren Rücktritte gängig, Vertrauensfragen wurden gestellt, wenn etwas schief lief. Jetzt ist dagegen Kälte zu spüren und Festhalten an Stühlen zu beobachten. Politisch Inkorrektes wird schnell vom Netz genommen oder einfach nicht benannt.

Das Vertrauen der Wähler wird zunehmend erschüttert.

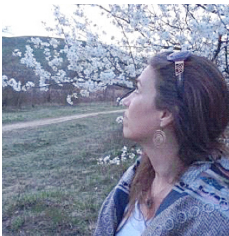
Die Kategorien von wahr und falsch sind zwar stets vorhanden, stehen aber als unverbindlich daneben, denn das Vorhandensein der Gedanken ist doch wichtiger, als ihre subjektive Beurteilung. Als vorhandene Gedanken sind aber auch Urteile nicht zu unterdrücken, da sie zur Erscheinung des Ganzen dazugehören. Die sich wiederum in einer Befragung ausdrücken können, so wie sie die Redaktion der Bild Zeitung durchführte. Wer will sich anmassen, hierauf Einfluss nehmen zu wollen, indem das Anerkenntnis fehlte. Um Anerkennung dessen, was ist, wird sich gedrückt.

Vor ein paar Tagen ist eine Statistik aus dem Netz verschwunden. Die AfD kam hier über 50 Prozent. Grund für das Entfernen dieser Statistik laut Bild: Es konnten mehrmals Klicks von den Nutzern gemacht werden. Abgesehen davon, dass auch die Wähler der Altparteien mehrfach abstimmen konnten, ist das Ergebnis doch überraschend. Aber keine einzige Stimme soll fehlen für die CDU, SPD, FDP, Linke, Grüne und AfD, das ist Anerkennung. Eine Befragung birgt immer Risiken, das gewünschte, erwünschte Ergebnis kann Meilensteine von der Realität entfernt sein.

Allerdings wird die Umfrage der BILD noch bestätigt durch eine Umfrage der KStA-news. Auch hier lag die AfD bei über 50 Prozent.

Eine unerwünschte Statistik vom Netz zu nehmen ist eine Sache. Ein anderes häufig auftretendes Phänomen ist: Etwas tatsächlich Vorhandenes nicht annehmen zu können jenseits aller Bewertung. Die letzte Umfrage der Bildzeitung, wie der KStA-news, die ein überraschendes Ergebnis der AfD von über 50 Prozent zeigen, lässt schon aufzeigen, dass viele Menschen teils aus Überzeugung, oder mag es auch Verzweiflung sein, sich von den Altparteien abgewendet haben. Da dies die einzige Oppositionspartei ist, könnte dies auch bedeuten, dass zur Zeit Frau Merkel mit den Abgeordneten im Bundestag gegen die Mehrheit des Volkes regiert.

Wenn Legalität überwunden ist, sind Rücktritte und Vertrauensfragen nicht mehr nötig.



© Text: Andrea Berwing

Quelle: <https://philosophia-perennis.com/2017/06/27/aus-illegalitaet-legalitaet-machen/>

«Refugees Welcome» im Selbstversuch

von Thilo Gehrke; 16. Juni 2017

Als praktizierender Christ habe ich in der Flüchtlingskrise nach den biblischen Grundsätzen der Nächstenliebe handeln wollen, denn die Medien und Frau Merkel machten uns glaubhaft, den traumatisierten und entwurzelten Menschen helfen zu müssen.

Somit habe ich als soziologisches Experiment eine ehrenamtliche Fahrradselbsthilfewerkstatt gegründet, allerdings mit der Besonderheit, genauso für deutsche Bedürftige da zu sein, denn Integration ist keine Einbahnstrasse. Das brachte uns in der Bevölkerung zwar viel Zuspruch, in der Praxis wurde unserem Projekt aber finanzielle und politische Unterstützung verwehrt, die gibt es nämlich ausschliesslich für Flüchtlinge.

Wir haben dann, unter dem Bedauern vieler Bürger, nach neun Monaten aufgegeben. Es blieb aber ein unschätzbare Erkenntnisgewinn über Flüchtlingsdarsteller, einsame Senioren und «Menschengeschenke», politische Akteure, muslimische Flüchtlingshelfer im Dienst der Kirche und Träger Verwaltung, die fast alle auf eigene Rechnung wirken. Dieser Tatsachenbericht ist eine Zustandsbeschreibung aus dem inneren Zirkel der «Refugees Welcome»-Gesellschaft und offenbart deutschen Selbsthass, die Doppelmoral der herrschenden Politik und den Verkauf christlicher Werte zugunsten der Asylindustrie.

Kinderlose Seniorin betreut afghanischen Asylbewerber

Fahrräder will er haben, diesen Wunsch teilt der afghanische Asylbewerber fast allen Besuchern unserer Werkräume mit. Des Deutschen nicht mächtig, hat er ausser verschleierte Frau und Tochter nun auch seine deutsche «Nanny» mitgebracht. Eine kinderlose Seniorin, die sich ehrenamtlich um die Wünsche von 160 Afghanen bemüht. Kurz zuvor stellte sich heraus, dass er bereits Räder von uns erhalten hatte. Bei der Stadt will er sich trotzdem beschweren.

Zorn und verbale Kraftmeierei scheinen ein bedeutender Wesenszug, um den Weg nach Deutschland zu ebnen. Die kopftuchtragende Anhängerschaft seines zahnlosen Landsmanns zuckt zusammen. Sie haben nie eine weltliche Schule von innen gesehen. Zwei seiner Kinder sind geistig (Anm. bewusstseinsmässig) behindert. Eine fast unsichtbare kleine Frau im grauen Staubmantel senkt den Blick und zieht sich das schwarze Kopftuch ins Gesicht. Sie ist deutlich jünger als ihr Mann. Tiefe Falten haben sich um ihre Mundwinkel herum eingegraben und zeugen von einem freudlosen Leben. Sie weigert sich, Männern die Hand zu geben.

Rassismus-Verdacht

Ahmad aus Eritrea ist ein zarter junger Mann und hat bei der Armee als Farmer gedient. Knechtschaft und Perspektivlosigkeit spülten ihn an den Strand einer griechischen Insel. Längst vergessen ist die entbehrungsreiche Anreise ins «Merkel Land» und die daheim gebliebene junge Familie. Eine deutsche Seniorin freut sich über dieses Menschengeschenk, Hand in Hand flaniert das ungleiche Paar nun durch die Einkaufsstrasse. Die Tochter der vermögenden Dame hat beim Heimleiter der Seniorenresidenz ein Betretungsverbot gegen den Schützling der zunehmend dementen Frau erwirkt, aber es gibt ja einen Hintereingang und die Heim-Mitarbeiter wollen nicht des Rassismus gegen den Gast verdächtigt werden. Einige dieser freiwilligen Helfer haben bereits Asylsucher bei sich wohnen, denn das Amt zahlt zuverlässig und ist gut versichert.

Im August 2015, die Flüchtlingskrise erreichte täglich neue Höhepunkte, kam ich durch eine Falschmeldung in der Zeitung zu dutzenden Spendenfahrrädern. Ein Reporter leitete durch meine Tätigkeit als Fahrradkursleiter ab, ich würde nun Räder für Flüchtlinge sammeln. Fremde riefen bei mir an, und um diese Wohltäter nicht zu enttäuschen, holte ich die Räder mit einem Miet-Lkw ab. Die Stadtverwaltung half schnell und unbürokratisch, indem ich in einem alten Kinofoyer eine Unterstellmöglichkeit erhielt.

Privatinitiative wird zu grossem Multikulti-Projekt

Ein fahrradbegeisterter Rentner kam mit seinem Werkzeug hinzu und schon war die ehrenamtliche Fahrradwerft geboren. Was als freiwillige Zwei-Mann-Privatinitiative startete, entwickelte sich schnell zum sozialen Treffpunkt der gelebten Integration, denn über 20 Nationen kamen hier miteinander ins Gespräch und Freundschaften entstanden. Um Rassismus keinen Raum zu geben, praktizierten wir gemäss § 3, Gleichbehandlungsgrundsatz im Grundgesetz, eine Gleichstellung deutscher Bedürftiger mit Flüchtlingen, denn die Integration der Zuwanderer funktioniert nicht als geschlossene Gesellschaft, sondern nur in Kontakt mit den Einheimischen.

Wir definierten uns somit nicht nur durch die Integrationsarbeit als sozial nachhaltig, sondern auch durch die Reparatur und Aufarbeitung gebrauchter Fahrräder zusammen mit den Flüchtlingen. Dadurch trugen wir zur Wertschätzung, zum Werterhalt und zur Abfallvermeidung der gespendeten Güter und zudem zur umweltfreundlichen sportlichen Mobilität der Bürger bei. Die undogmatische Transparenz, im Auftrag des Spenders rein ehrenamtlich ohne wirtschaftliche oder machtpolitische Interessen zu wirken, bescherte uns eine Popularität bei der Bevölkerung, die in Form von stetigen Rad- und Materialspenden, moralischer Unterstützung und einem steigenden Mitarbeiterstamm messbar war.

Unkontrollierbar für das Rathaus und die Asylinindustrie

Der Politik und der Asylinindustrie wurden wir jedoch zunehmend unheimlich. Bereits wenige Wochen nach Eröffnung der Fahrradwerft erhielt ich vom Bürgermeister die fristlose Kündigung unserer Werkräume; dort sollten nun Parkbänke vom Bauhof gelagert werden. Diese Entscheidung musste er zwar auf öffentlichen Druck hin kassieren, ignorieren konnte er uns nun aber nicht mehr. Bei einem durch engagierte Facebook-Nutzer «erzwungenen» Besuch des Bürgermeisters in der Fahrradwerft sicherte er uns seine Unterstützung und Hilfe bei der Suche nach neuen Werkräumen zu, obwohl sich Vertreter der Wirtschaft bei ihm über unser Treiben beschwert hätten.

Unsere Werkstatt in bester innenstädtischer Einkaufslage, die den Bürger mit alten Fahrrädern beschenkte und in einer städtischen Immobilie sass, die verkauft werden sollte, wurde zum Politikum. Es ging aber in Wahrheit nicht um die gebrauchten Räder, die auch deutschen Bedürftigen zugute kamen. In der Realität waren wir mit

unserem erfolgreichen Bürgerengagement weder für Rathaus noch für die Asylindustrie kontrollierbar und wuchsen ungewollt zu einem unberechenbaren Faktor heran. Vom Bürgermeister und seinen Versprechen aus der Wahlkampfzeit hörten wir nichts mehr. Anfragen, auch über Facebook, werden bis heute nicht beantwortet.

Migranten ist das Hackebeil vertrauter als der Schraubendreher

Von den 400 Migranten, die wir neben deutschen Bedürftigen kostenlos mit gespendeten Fahrrädern versorgten, war nur eine Handvoll handwerklich begabt genug, um als Hilfskraft auf dem deutschen Arbeitsmarkt je eine Chance zu haben. So ging unser pädagogisches Konzept als Selbsthilfswerkstatt bei den Flüchtlingen nur bedingt auf, denn den meisten schien das Hackebeil vertrauter als der Schraubendreher.

Fordernd auftretende Migranten waren zwar in der Minderheit, sie werden aber gern unterstützt von grauköpfigen deutschen Gutmenschen, die sich bei ihren monatlichen Treffen beratschlagen, wie Abschiebungen in sichere Herkunftsländer noch rechtlich verhindert werden können. Anwälte werden ebenfalls eingebunden und gefragt, ob eine Konversion zum christlichen Glauben Bleiberecht beschert. Die Wahrheit bleibt dabei oft auf der Strecke.

Auch der Umgang mit vermeintlichen Gegnern ist dort immer wieder Thema: Informationsveranstaltungen der AfD sind durch «Beratung» der Gastwirte, die dieser demokratisch gewählten Partei schon Räume zugesichert hatten, mehrfach verhindert worden. Dabei ist dieses Vorgehen bestens geeignet, selbst Nichtwähler zu mobilisieren und erinnert an Deutschlands dunkle Zeit der Unfreiheit.

Eintritt frei für «Flüchtlinge»

Ein umtriebiger Landespolitiker der gelben Partei organisiert derweil möblierte Wohnungen und besorgt das materielle «Rundum-Wohlfühl-Paket». Dank der Spendenfreudigkeit von Firmen und Privatmenschen gibt es in seinem Lager alles, was das Herz eines ausländischen Schützlings begehrt. Eintritt frei für Kultur, Bücherei und Sportverein, der Ruheständler ist auch in seinem Heimatort bestens vernetzt. Fahrradspenden werden an einen befreundeten Unternehmer geliefert, vielerlei Aufträge an hiesige Firmen vergeben, denn die heimische Wirtschaft soll schliesslich auch von den Flüchtlingen profitieren.

Der verkauft die Räder, bezahlt von Spendengeldern – ausschliesslich an Flüchtlinge. Für die Imagepflege werden regelmässig Jubelreportagen über die guten Taten einzelner Akteure der «Begrüssen und Begleiten Community» in den gleichgeschalteten lokalen Medien und sogar im TV plazierte.

Dieser Geldsegen sei für die ehrenamtliche Fahrradwerft unerreichbar, bedauert der Integrationsbeauftragte der Stadt. Umrahmt von Gruppenbildern meist männlicher Flüchtlinge sitzt er in seinem winzigen Büro im dunklen Keller einer ehemaligen Schule. Sein massiger Leib lehnt sich zurück, der Bürostuhl ächzt. Der von ihm verwaltete üppige Spendentopf sei nun mal zweckgebunden, eben nur für Flüchtlinge, seufzt er. Jetzt gähnt er, sein Blick fixiert eine Tabelle auf dem Computerschirm, «Ehrenamt ist Ehrenamt» murmelt er.

Deutsche dürfen nicht von Angeboten profitieren

«Ehrenamt ist eine Erfindung des Rathauses» hatte ich vorher anlässlich meines Vorsprechens bei ihm bemerkt. Bereits elf Monate sass ich auf meinen Auslagen für den Betrieb unserer ehrenamtlichen Fahrradwerkstatt. Die Betriebsweihnachtsfeier wurde vom späteren Käufer der Immobilie der Fahrradwerft, einem türkischen Gastwirt, spendiert. Die Gutmenschen, die gerne und reichlich Räder für ihre ausländischen Schützlinge kassierten und der Hüter des Spendentopfes zeigten sich nicht zuständig, da auch deutsche Gäste dabei waren.

Vor Jahren, mit Hilfe lokaler linker Aktivisten und dem «Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit» auf diese neugeschaffene Stelle des Integrationsbeauftragten gehiebt, schien für ihn mit zwei Stunden Sprechzeit pro Woche ein Hineindämmern in den Ruhestand garantiert. Diese Behäbigkeit steht für weite Teile kommunaler Behörden, die den Flüchtlingsstrom in der «Wir schaffen das»-Ära nur mit Hilfe einer Heerschar ehrenamtlicher Helfer eher schlecht als recht beherrschen konnten.

Viele freiwillige Helfer aus dieser Zeit haben bereits resigniert oder aufgrund eigener Erlebnisse Merkels Lüge vom «hochqualifizierten schutzbedürftigen Kriegsflüchtling» durchschaut. Nicht auszudenken, was passiert, wenn Millionen afrikanische Glücksritter, die sich auf dem Weg nach Europa befinden, in Deutschland ankommen. Im kommunalen Auftrag wurden daher bei zwei kirchlichen Sozialkonzernen vier neue Stellen für Flüchtlingsbetreuer geschaffen. Sie sollen ein Bindeglied zwischen Ehrenamtlichen und Behörden sein.

Der Islam auf dem Weg in die Rathauskantine

Nun sehen sich aber die ehrenamtlichen Helfer als Wegbereiter des Glücks ihrer Schützlinge der Daseinsberech-

tigung beraubt und fühlen sich von der Behörde übergangen. Ein heftiger Streit über Kompetenzen zwischen Haupt- und Ehrenamt lähmt seitdem die konstruktive Integrationsarbeit.

Zwei dieser neuen muslimischen Flüchtlingshelfer im Sold der Kirche widmen sich daher einem neuen Betätigungsfeld: Dem Bürger den Islam näher zu bringen. So wurde erstmals das islamische Opferfest des Ramadan in der Rathauskantine zelebriert. Geopfert werden beim Bayram-Fest Schafe, Ziegen, Rinder, Kamele oder Wasserbüffel – je nach Region. Und in der Rathauskantine die christlichen Werte. Die schleichende Ausbreitung dieses religiös verbrämten Faschismus unter dem Deckmantel der christlichen Kirche geschieht unter dem Begriff «Völkerverständigung».

Die Wohlfahrtsverbände der Kirchen sind eine der grössten Profiteure der Asylindustrie, gut bezahlt von Steuern und Spendengeldern. Deren hauptamtliche Flüchtlingshelfer organisieren für Asylbewerber Beratungen, Fahrdienste, Sprachkurse, Willkommensfeste, Anwälte und Wohnungen und sorgen so dafür, dass dank dieser fürsorglichen Betreuung der mehrheitlich islamisch geprägte Flüchtlingsstrom nicht abreisst. Dass die Kirche für dieses schnelle Geld ihre eigenen Werte verkauft und den Islam als «Religion des Friedens» bei bunten Dinners und muslimischen Festen feiert, läuft in letzter Konsequenz auf unseren gesellschaftlich-kulturellen Selbstmord hinaus, wird aber in Deutschland politisch gefördert.

«Du kannst ja auch für deutsche Bedürftige da sein, darfst es aber keinem sagen!»

Mittlerweile zum sozialen Treffpunkt geworden, war nach neun Monaten Schluss mit der Fahrradwerft. Die Stadt kündigte uns die Räume in dem alten Kinofoyer, der Verkauf war vollzogen. Trotz intensiver Suche mit zugesicherter Unterstützung aus Politik und Verwaltung gelang es nicht, neue Werkräume für unser ehrenamtliches Selbsthilfeprojekt zu finden und unseren Fortbestand zu sichern. Sogar Vertreter der grünen Partei zollten unserem Integrationsprojekt Anerkennung, da sie sahen, dass wir mit unserer Arbeit zum sozialen Frieden in ihrer Stadt beitrugen. Mit Blick auf die Förderungswürdigkeit rieten sie aber: «Du kannst ja auch für deutsche Bedürftige da sein, darfst es aber keinem sagen!»

Aber gerade mein Hauptanliegen, bei der Fürsorge die eigenen Leute nicht zu vergessen und uns nicht korrumpieren zu lassen, kam bei den Bürgern gut an und machte uns so erfolgreich. Denn Integration funktioniert nur zusammen mit Einheimischen. Die Bevölkerung versorgte uns mit Materialspenden bis zum letzten Arbeitstag. Andererseits musste jedem klar sein, dass ein derartiges Projekt der gelebten Integration ehrenamtlich und ohne finanziellen Hintergrund auf Dauer keinen Bestand haben konnte.

Die Asylindustrie arbeitet ausschliesslich gewinnorientiert

Für die Asylindustrie waren wir vom ersten Tag an ein wirtschaftlicher Schadensfaktor. Mein Bemühen, die Idee nicht sterben zu lassen und zwei unserer besten Mitarbeiter bei einem sozialen Träger in Arbeit zu bringen, scheiterte zwar an der herrschenden Politik, erweckte aber beim Diakonieverein Migration Interesse.

Dort gibt es nun eine Fahrradwerkstatt mit völlig neuem Konzept, integriert in das Netzwerk des einflussreichen Politikers der gelben Partei und Teil der Asylindustrie. Gewinnorientiert, förderungswürdig und politisch korrekt: Nur für Flüchtlinge, Deutsche haben Hausverbot!

Dieser Beitrag erschien in leicht abgewandelter Form bereits in der PAZ und wurde uns vom Autor zur Verfügung gestellt.

Quelle: <https://www.blauenarzisse.de/refugees-welcome-im-selbstversuch/>

Deutschland: Zahl von Migranten verübter Sexualverbrechen verdoppelt sich in einem Jahr

22. Juni 2017; Von Soeren Kern (Gatestone Institute)

- Der Fall von Eric X. und seinem 23-jährigen Vergewaltigungsoffer deckt einmal mehr das systematische Versagen der deutschen Behörden bei der Durchsetzung des Rechts und der Wahrung der öffentlichen Sicherheit auf: Die Unfähigkeit, die Grenzen zu sichern; das Versäumnis, einreisende Migranten zu überprüfen; das Versäumnis, Kriminelle zu verfolgen und zu bestrafen; das Versäumnis, abgelehnte Asylbewerber abzuschieben und das Versäumnis der Polizei, die über Deutschland hereingebrochene Migrantenvergewaltigungskrise ernst zu nehmen
- Deutschlands Problem mit von Migranten verübten Sexualverbrechen wird verschärft durch seine milde Justiz, die selbst bei schweren Verbrechen die Täter nur zu relativ milden Strafen verurteilt. In vielen Fällen werden Personen, die wegen Sexualstraftaten verhaftet werden, nach der Befragung durch die Polizei wieder

auf freien Fuss gesetzt. Diese Praxis erlaubt es Strafverdächtigen weiterhin, so gut wie ungeschoren Verbrechen zu verüben.

- In Berlin hat ein Gericht einen 23-jährigen Türken vom Vorwurf der Vergewaltigung freigesprochen, da das Opfer nicht beweisen konnte, dass es nicht seine Zustimmung gegeben hatte. Das Gericht hörte, wie er ihre Schultern fest gegen die Metallstäbe am Kopfende seines Bettes gedrückt, ihren Kopf zwischen zwei dieser Stäbe eingeklemmt und sie im Verlauf von vier Stunden immer wieder vergewaltigt hatte. Die Frau schrie «Aufhören» und wehrte sich, indem sie den Angeklagten am Rücken kratzte. Doch irgendwann gab sie auf. Das Gericht fragte: «Könnte es sein, dass der Angeklagte dachte, Sie seien einverstanden?»

Weil sie unangemessen auf den telefonischen Notruf eines Mannes reagiert hatten, dessen Freundin von einem Migrant vergewaltigt wurde, sind zwei Bonner Polizeibeamte versetzt worden.

Der Mangel an Beachtung dieses Falls, den die Polizei zunächst an den Tag gelegt hatte, verstärkt die Wahrnehmung, dass die deutschen Behörden die Vergewaltigungskrise nicht ernst nehmen, in deren Zuge Tausende deutsche Frauen und Kinder sexuell angegriffen und genötigt wurden, seit Bundeskanzlerin Angela Merkel rund zwei Millionen Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten ins Land gelassen hat.

Der Vorfall ereignete sich am 2. April kurz nach Mitternacht, als eine 23-jährige Frau in der Siegaue in Bonn-Beuel, wo sie und ihr Freund ein Zelt aufgeschlagen hatten, vergewaltigt wurde. Als der von Panik erfasste 26-jährige Mann die Notrufnummer 110 wählte, um Hilfe zu rufen, nahm eine Polizistin den Anruf entgegen. Der Mann sagte: «Meine Freundin wird gerade vergewaltigt, von einem Schwarzen. Er hat eine Machete.» Die Polizistin antwortete: «Sie wollen mich nicht verarschen, oder?» Der Mann erwiderte: «Nein, nein.» «Hmm», machte die Polizistin. Nach einigen Augenblicken der Stille versprach sie, einen Streifenwagen zu schicken. Dann sagte sie: «Danke, tschö», und legte auf.

Einige Minuten später rief der Mann erneut den Notruf, ein anderer Beamter meldete sich. «Hallo», sagte der Mann, «ich habe gerade angerufen bei der Kollegin.» Leitstelle: «Worum geht's denn?» – «Es geht darum, dass meine Freundin vergewaltigt wurde.» Das sei doch im Bereich Siegaue, nicht wahr? «Genau», so der Mann. Der Beamte forderte den Mann auf, die Polizei in Siegburg zu verständigen. «Die können das richtig koordinieren», sagte er und legte auf.

Die Polizei traf schliesslich nach 20 Minuten am Tatort ein. Polizeisprecher Frank Piontek verteidigte zunächst das Verhalten der Polizei. «Eine andere Bearbeitung dieser Notrufe in der Leitstelle hätte das Verbrechen gleichwohl nicht mehr verhindern können.» Nach einer Welle der öffentlichen Entrüstung gab das Bonner Polizeirevier am 31. Mai – zwei Monate nach der Vergewaltigung – bekannt, dass die beiden an dem Fall beteiligten Beamten «nie wieder» auf einer Leitstelle arbeiten dürfen.

Unterdessen hatte die Polizei sechs Tage nach der Vergewaltigung einen Verdächtigen verhaftet; Eric Kwame Andam X., ein 31 Jahre alter Migrant aus Ghana, ist nach Auswertung der DNA-Spuren der mutmassliche Täter. Er war der deutschen Polizei gut bekannt: Schon fünfmal war er wegen verschiedener Straftaten verhaftet, aber niemals angeklagt und immer wieder auf freien Fuss gesetzt worden. Später kam heraus, dass er 2016 aus Ghana geflohen war, nachdem er seinen Schwager ermordet hatte.

Nachdem er Ghana verlassen hatte, reiste Eric X., dessen Vater einer der grössten Kakaoproduzenten des Landes war, nach Libyen. Von dort aus überquerte er das Mittelmeer und erreichte Italien, wo er Asyl beantragte und neun Monate in einer Migrantenunterkunft verbrachte.

Anfang 2017 bestieg Eric X. einen Zug nach Rom. Am 10. Februar 2017 kam er in Deutschland an und beantragte dort Asyl. Einen Monat später wurde sein Asylantrag abgelehnt. Eric X. hätte am 17. März abgeschoben werden sollen – zwei Wochen vor der Vergewaltigung in Bonn –, doch sein Asylanwalt beantragte eine einstweilige Verfügung gegen die Abschiebung, obwohl EU-Recht klar sagt, dass Eric X. nur in einem einzigen EU-Land hätte Asyl beantragen dürfen, in diesem Fall in Italien. Wegen einer Überlastung mit ähnlichen Fällen waren die örtlichen Richter nicht in der Lage, rechtzeitig über die Revision zu entscheiden.

Der Fall von Eric X. und seinem 23-jährigen Vergewaltigungsoffer deckt einmal mehr das systematische Versagen der deutschen Behörden bei der Durchsetzung des Rechts und der Wahrung der öffentlichen Sicherheit auf: Die Unfähigkeit, die Grenzen zu sichern; das Versäumnis, einreisende Migranten zu überprüfen; das Versäumnis, Kriminelle zu verfolgen und zu bestrafen; das Versäumnis, abgelehnte Asylbewerber abzuschieben und das Versäumnis der Polizei, die über Deutschland hereingebrochene Migrantenvergewaltigungskrise ernst zu nehmen.

Die Zahl der von Migranten verübten Sexualstraftaten (sexuelle Nötigung, Vergewaltigung und Missbrauch von Kindern) ist in den letzten vier Jahren um fast 500 Prozent gestiegen; das geht aus dem am 27. April veröffentlichten Jahresbericht Kriminalität im Kontext von Zuwanderung hervor, der vom Bundeskriminalamt (BKA) herausgegeben wird.

Der Bericht zeigt, dass Zuwanderer (definiert als Asylbewerber, Flüchtlinge und illegale Einwanderer) 2016 3404 Sexualverbrechen begangen haben – das entspricht etwa neun pro Tag und war ein 102-prozentiger Anstieg gegenüber 2015, als Migranten 1683 Sexualstraftaten verübten –, rund fünf pro Tag. Zum Vergleich: 2014 begingen Migranten 949 Sexualverbrechen, gut drei pro Tag; 2013 waren es 599 Fälle, etwa zwei pro Tag.

Laut dem Bericht kamen die Täter 2016 hauptsächlich aus den folgenden Staaten: Syrien (ein Anstieg von 318,7 Prozent gegenüber 2015); Afghanistan (plus 259,3 Prozent); Pakistan (plus 70,3 Prozent); Iran (plus 329,7 Prozent); Algerien (plus 100 Prozent) und Marokko (plus 115,7 Prozent).

Deutschlands Problem mit von Migranten verübten Sexualverbrechen wird durch seine milde Justiz verschärft, die selbst bei schweren Verbrechen die Täter nur zu relativ milden Strafen verurteilt. In vielen Fällen werden Personen, die wegen Sexualstraftaten verhaftet werden, nach der Befragung durch die Polizei wieder auf freien Fuss gesetzt. Diese Praxis erlaubt es Strafverdächtigen, anschliessend weiterhin so gut wie ungeschoren Verbrechen zu begehen.

In **Hamburg** etwa verübte ein 29-jähriger afghanischer Asylbewerber einen Sexüberfall auf ein 15-jähriges Mädchen, während dieses in einem örtlichen Krankenhaus schlief. Der Afghane war wegen schwerer Trunkenheit in die Notaufnahme des Krankenhauses eingewiesen worden. Er wurde unbeobachtet gelassen und ging zuerst in das Zimmer einer 29-Jährigen, die ihn vertreiben konnte. Dann betrat er den Raum der 15-Jährigen und nahm sexuelle Handlungen an ihr vor. Er wurde festgenommen und bald darauf wieder freigelassen. Die Polizei sagt, es gebe nicht Grund genug für eine Anklage.

Ebenfalls in **Hamburg** urteilte ein Gericht am 8. Juni, dass Ali D., ein 29-jähriger Migrant aus dem Irak, der an der U-Bahn-Station Jungfernstieg ein 13-jähriges Mädchen vergewaltigt hatte, nicht wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern schuldig gesprochen werden könne, da er nicht habe wissen können, dass das Mädchen jünger als 14 war. Nach deutschem Recht sind alle Personen, die unter 14 sind, Kinder. Dadurch, dass die Anklage wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern fallengelassen wurde, droht Ali D. nun nur noch die Strafe wegen Vergewaltigung, die sich in seinem Fall auf höchstens vier Jahre Haft belaufen wird. Das Gericht wertete strafmildernd, dass Ali D. – der nach der Attacke nach Ungarn geflohen und am 2. März von dort ausgeliefert worden war – die Vergewaltigung gestanden hatte. Das Gericht erkannte zudem eine verminderte Schuldfähigkeit, weil Ali D. betrunken gewesen sei, als er sein Opfer vergewaltigte.

Dasselbe Gericht hatte im letzten Jahr eine Gruppe serbischer Teenager, die ein 14-jähriges Mädchen vergewaltigt und es bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt hilflos im Freien zurückgelassen hatten, zu Bewährungsstrafen verurteilt. «Die Strafen mögen der Öffentlichkeit milde erscheinen», sagte damals der Vorsitzende Richter bei seiner Begründung der Bewährungsstrafen. Doch die Jugendlichen hätten glaubhafte Geständnisse abgelegt, sich reumütig gezeigt und hätten gute Sozialprognosen.

Das Urteil, das Vergewaltigern de facto einen Freifahrtschein gibt, hat in Deutschland zu einem der seltenen Momente des öffentlichen Aufschreis über das Problem der von Migranten verübten Sexualverbrechen geführt. Eine Onlinepetition, in der Haftstrafen für die Täter gefordert werden, wurde mehr als 100 000mal unterschrieben, und die Staatsanwaltschaft wollte gegen das Urteil in Berufung gehen; diese wurde aber vom Gericht bislang nicht zugelassen.

In **Berlin** hat ein Gericht einen 23-jährigen Türken vom Vorwurf der Vergewaltigung freigesprochen, weil das Opfer nicht beweisen konnte, dass es seine Zustimmung nicht gegeben hatte. Das Gericht hörte, wie der Täter die Schultern der Frau fest gegen die Metallstäbe am Kopfende seines Bettes gedrückt, ihren Kopf zwischen zwei dieser Stäbe eingeklemmt und sie im Verlauf von vier Stunden immer wieder vergewaltigt hatte. Die Frau schrie «Aufhören» und wehrte sich, indem sie den Angeklagten am Rücken kratzte. Doch irgendwann gab sie auf. Das Gericht fragte: «Könnte es sein, dass der Angeklagte dachte, Sie seien einverstanden?» Das Gericht befand, dass es nicht feststellen könne, ob das, was das Opfer als Vergewaltigung erlebte, aus der Perspektive der türkischen Kultur vielleicht einfach nur wilder Sex gewesen sei.

Im benachbarten **Österreich** reduzierte der Oberste Gerichtshof das Strafmass von Amir A., einem 21-jährigen Migranten aus dem Irak, von sieben auf vier Jahre; er hatte in einem Schwimmbad einen zehnjährigen Jungen vergewaltigt. Während des ersten Prozesses hatte Amir A. die Tat gestanden. Er sagte, es sei ein «sexueller Notfall» gewesen, er habe damals seit vier Monaten keinen Sex mehr gehabt. Sein Verteidiger überzeugte den Obersten Gerichtshof, dass die siebenjährige Haftstrafe «drakonisch» und «übertrieben» sei. Da die bereits verbüsste Zeit angerechnet wird, wird Amir A. bald auf freiem Fuss sein.

Unterdessen braucht Bundeskanzlerin Angela Merkel laut Meinungsumfragen nicht zu fürchten, einen politischen Preis für ihre Rolle bei der Migrationskrise bezahlen zu müssen. Tatsächlich ist sie derzeit so beliebt wie vor Ausbruch der Migrantenkrisen im August 2015.

Der ARD-Deutschlandtrend vom 8. Juni zeigt, dass 64 Prozent der Deutschen mit Merkel «zufrieden» oder «sehr zufrieden» sind. Würde der Kanzler direkt gewählt, würden sich 53 Prozent (vier Prozentpunkte mehr als im Vormonat) für Merkel entscheiden, gegenüber 29 Prozent für ihren sozialdemokratischen Herausforderer Martin Schulz (sieben Prozentpunkte weniger als im Vormonat).

Noch im September 2016 hatte der ARD-Deutschlandtrend gezeigt, dass Merkels Beliebtheitswert auf ein Vierjahrestief von 45 Prozent gefallen war, gegenüber einem Hoch von 67 Prozent im Jahr zuvor. Damals waren mehr als die Hälfte (51 Prozent) der Befragten der Meinung, es sei «nicht gut», wenn Merkel 2017 für eine weitere Amtszeit kandidieren würde.

Die Umfrage zeigt offenbar zwei Faktoren, die sich zu Merkels Gunsten auswirken: Das Fehlen eines politischen Rivalen, der stark genug ist, sie herauszufordern, und dass die Wähler sie für den am wenigsten schlechten Kandidaten halten, wenn es um die Frage geht, wer das Land führen soll.

Sexuelle Überfälle und Vergewaltigungen durch Migranten, Mai 2017

Ein 25-jähriger Migrant aus Syrien vergewaltigt in **Magdeburg** eine 24-Jährige. Ein Mann «mit dunkler Hautfarbe» verübt in **Hockenheim** einen Sexüberfall auf eine 17-jährige Joggerin. Zwei Männer mit «dunklem Teint» verüben einen Sexüberfall auf eine 21-Jährige in **Coburg**. Mehrere Frauen, darunter eine Polizistin, werden am Bahnhof in **Freiburg** von einem 18-jährigen Migrant aus Tunesien sexuell belästigt. Er wird festgenommen und auf freien Fuss gesetzt.

Ein türkischer Taxifahrer vergewaltigt in **Wiesbaden** eine 23-Jährige. Drei Männer mit «südländischem bzw. arabischem Aussehen» verüben einen Sexüberfall auf eine 21-Jährige in **Pforzheim**. Ein 19 Jahre alter Migrant aus Nigeria versucht, in **München** eine 22-Jährige zu vergewaltigen. Ein Mann «südländischen Typs» verübt Sexüberfälle auf mehrere Frauen in **Chemnitz**.

Ein Mann mit «dunklem Teint» versucht in **Bielefeld**, ein 11-jähriges Mädchen zu missbrauchen. Ein Mann «mit ausländischem Aussehen und bräunlicher Hautfarbe» verübt in einem Zug bei **Marburg** einen Sexüberfall auf ein 16-jähriges Mädchen. In **Bonn** wird ein Mann «südländischen Typs» verhaftet; er soll Sexüberfälle auf zahlreiche Frauen im Alter zwischen 20 und 50 Jahren verübt haben. In **Herten** entblößt sich ein Mann «mit dunkler Hautfarbe» vor einer 20-jährigen Joggerin. Ein Mann mit «südländischem Erscheinungsbild» verübt in **Kaltenkirchen** einen Sexüberfall auf ein 17-jähriges Mädchen.

Ein 17-jähriger Afghane vergewaltigt ein 17-jähriges Mädchen in **Calden**. Ein Mann mit «möglicherweise russischem Akzent» nötigt ein 15-jähriges Mädchen in **Kierspe**. Zwei Männer mit «dunkler Hautfarbe» versuchen in Kiel, ein siebenjähriges Mädchen zu entführen. Zwei Männer, die «Deutsch mit osteuropäischem Akzent» sprechen, versuchen in **Papenburg** eine 45 Jahre alte Frau zu vergewaltigen. Die Frau ging mit ihrem Hund, einem Australian Shepherd, spazieren. Der Hund biss sofort einen der Täter, woraufhin diese flohen.

Ein 19 Jahre alter «Flüchtling» vergewaltigt ein 16-jähriges Mädchen in **Minden**. Der Verdächtige ist der Polizei wegen zahlreicher früherer Vergehen bereits bekannt. Ein Mann mit «dunklem Teint» verübt einen Sexüberfall auf eine 20-jährige Joggerin in **Kleve**. Ein Mann mit «südländischer Erscheinung» verübt einen Sexüberfall auf eine Frau in **Nürnberg**. Ein 28 Jahre alter Migrant aus Somalia verübt einen Sexüberfall auf eine Frau in **Giessen**. Sie verteidigt sich mit Pfefferspray, der Mann wird am Tatort verhaftet.

Eine Gruppe von afghanischen und somalischen Asylbewerbern verübt in **Tulln** (Österreich) eine Gruppenvergewaltigung eines 15-jährigen Mädchens. Die Täter werden überführt, nachdem alle 59 Bewohner einer örtlichen Asylunterkunft gezwungen worden waren, DNA-Proben abzugeben.

Zwei Männer, die «gebrochen Deutsch» sprechen, verüben einen Sexüberfall auf eine 20-Jährige in **München**. Mehrere Migranten verüben einen Sexüberfall auf eine 21-jährige Frau in **Augsburg**. In **Stuttgart-Zuffenhausen** verübt ein unbekannter Mann einen Sexüberfall auf ein zehnjähriges Mädchen. Ein unbekannter Mann verübt einen Sexüberfall auf mehrere Teenager-Mädchen in **Kierspe**.

Ein 26-jähriger Migrant aus Eritrea vergewaltigt in **Hennef** ein minderjähriges Mädchen in der Nähe des Bahnhofs. Vier «dunkelhäutige» Männer verüben einen Sexüberfall auf einen 51 Jahre alten Mann in **Bad Reichenhall**. In **Giessen** verübt ein Mann mit «dunklem Teint» einen Sexüberfall auf eine 24-jährige Frau. Drei «dunkelhäutige Männer» entblößen sich vor vier Frauen in der **Stuttgarter** Innenstadt. Zwei Türken im Alter von 19 und 31 vergewaltigen ein 13-jähriges Mädchen in **Wismar**. Über das Internet hatten sie Kontakt zu dem Mädchen geknüpft, das zum Tatzeitpunkt allein zu Hause war.

Zwei Männer «schwarzafrikanischen Typs» verüben an einer Bahnstation in **München** einen Sexüberfall auf eine 21-Jährige. Ein 36-jähriger Migrant aus Bulgarien verübt einen Sexüberfall auf eine 21 Jahre alte Frau in **Kassel**. In **Ulm** verübt ein Mann mit «südländischem Aussehen» an einem Bahnhof einen Sexüberfall auf eine 17-Jährige.

Ein Mann mit «südosteuropäischem Aussehen» verübt einen Sexüberfall auf eine Frau in **Nürnberg**. Ein Mann mit «südländischem/dunklem Hauttyp» verübt einen Sexüberfall auf eine 26-Jährige in **Essen**. Ein 22 Jahre alter Syrer vergewaltigt in **Barsinghausen** seine Ex-Freundin in Anwesenheit von deren zwei kleinen Kindern. In **Giessen** verübt ein mit einem Messer bewaffneter Mann mit «dunklem Teint» einen Sexüberfall auf eine 24-Jährige. Ein Mann «südländischen Typs» verübt in **Augsburg** einen Sexüberfall auf eine 22-jährige Joggerin. Ein Mann mit «starkem osteuropäischen Akzent» versucht in **Herden**, eine 21 Jahre alte Frau zu entführen.

Ein 19-jähriger Marokkaner verübt in **Stuttgart** einen Sexüberfall auf zwei Frauen. In **Lörrach** verübt ein Mann mit «südländischem Aussehen» einen Sexüberfall auf ein 13-jähriges Mädchen. Ein 21-jähriger Migrant aus Libyen verübt auf der Toilette eines Restaurants in **Plauen** einen Sexüberfall auf eine 20-Jährige. In **Freilassing** verübt ein «dunkelhäutiger Mann» einen Sexüberfall auf eine 30-jährige Frau.

Drei Asylbewerber werden verhaftet, weil sie in **Darmstadt** bei einem Festival zahlreiche Frauen sexuell genötigt hatten. Ein Mann mit «südländischem Erscheinungsbild» entblösst sich vor einer Joggerin in einem Park in **Oberhausen**. Ein unbekannter Mann entblösst sich vor einer Frau in **Bremen**.

Ein «Arabisch sprechender» Mann verübt in **Elmshorn** einen Sexüberfall auf eine 14-jährige Radfahlerin. In **Olpe** verübt ein 24-jähriger Migrant aus Guinea auf einem Fahrradweg einen Sexüberfall auf eine 32 Jahre alte Frau. Auf einem Open-Air-Festival in **Nürtingen** begripscht ein «dunkelhäutiger» Mann eine Frau. Als sie ihn ohrfeigt, schlägt er ihr mit einem Bierglas ins Gesicht. Der Täter ist auf freiem Fuss.

In **Hamburg-Sülldorf** wird ein 27-jähriger Asylbewerber verhaftet, der eine 37-Jährige vergewaltigt hatte. Ein 40 Jahre alter Mann aus Indien verübt in einem Zug bei **Chemnitz** einen Sexüberfall auf eine 52-Jährige. An einem Bahnhof in **Ottbergen** verübt ein Mann, der vom «Erscheinungsbild her afrikanischer Abstammung» ist, einen Sexüberfall auf eine 34-Jährige. In **Winsen** verüben drei Männer mit «südländischem Erscheinungsbild» einen Sexüberfall auf zwei Frauen.

Quelle: <http://www.journalistenwatch.com/2017/06/22/deutschland-zahl-von-migranten-veruebter-sexualverbrechen-verdoppelt-sich-in-einem-jahr/>

Was treibt die deutsche Politik ins Feindbild Russland?

Veröffentlicht am 24. Juni 2017 von dieter; von Karl Müller (zeit-fragen)



Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich in einem Interview mit der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (16. Juni 2017) zum deutsch-russischen Verhältnis geäußert. Alle, die sich vom Bundespräsidenten ein Signal der Entspannung in den bilateralen Beziehungen erhofft hatten, wurden enttäuscht. Auch der Bundespräsident hat ins gleiche Horn geblasen wie der überwiegende Teil der deutschen Politik und Medien. Steinmeier rückte Russland mit Unterstellungen in ein schiefes Licht und sprach von einer zu erwartenden weiteren Abkühlung in den Beziehungen beider Länder. Wörtlich sagte er: «Käme es zu einer Einflussnahme Moskaus auf die Bundestagswahl, dann wird sich der Vorrat an Gemeinsamkeiten notwendigerweise weiter verringern. Das wäre für beide Seiten schlecht.» Und: «Wir haben nun anderthalb Jahrzehnte wachsender Entfremdung zwischen Europa und Russland hinter uns.» Heute suche Russland seine Identität eher in Abgrenzung zu Europa und zum Westen als in Gemeinsamkeiten. Und dann spricht er noch von der «Annexion» der Krim und von den militärischen Aktivitäten Russlands in der Ost-Ukraine, die alles zugespitzt hätten.

Viele Fragen bleiben unbeantwortet

Diese Äußerungen des deutschen Bundespräsidenten zeugen erneut von einer Denkart, die partout nicht zur Kenntnis nehmen will, dass die Tatsachen ein anderes Licht auf die Vorgänge werfen. Es ist wohl kein Zufall, dass Frank-Walter Steinmeier nichts Substantielles sagt, keine Fakten nennt und statt dessen auf Stimmungsmache setzt. Zu fragen ist zum Beispiel:

- Wie soll «Moskau» Einfluss auf die Bundestagswahlen nehmen? Dass die russische Regierung eine eigene Meinung zu den verschiedenen Parteien und deren Kandidaten hat, ist ihr nicht vorzuwerfen. Dass sie ins-

besondere die politischen Kräfte in Deutschland, die den Konflikt mit Russland schüren, kritisch betrachtet, ebenso nicht. Dass deutschsprachige russische Medien wie «Sputnik» und «rt deutsch» ihr Recht auf Meinungsäusserungsfreiheit nutzen, ist selbstverständlich. Dass Wähler von «Moskau» aus «manipuliert» werden, entspringt wohl eher dem Menschenbild der Kräfte in Deutschland (und anderswo), die ihrerseits alles versuchen, um die deutschen Wähler zu beeinflussen. Die Idee, russische Hacker könnten in die geheimsten Daten der Parteien und Kandidaten eindringen und durch deren Veröffentlichung die Wahlen beeinflussen, ist bemerkenswert. Gibt es vielleicht wichtige politische Informationen über Parteien und Kandidaten, die nicht ans Tageslicht kommen sollen? Das macht einen als Wähler doch eher neugierig ...

Soll Russlands Regierung noch danke sagen zum Feindbild Russland?

- Mit Blick auf die tatsächlich wachsende Entfremdung: Wäre es nicht vernünftig, auch einmal auf den eigenen Anteil an dieser Entfremdung zu schauen? Seit Beginn des Jahrhunderts haben der jeweilige russische Präsident und die russische Regierung immer wieder Signale an die anderen Staaten Europas und auch ganz speziell an Deutschland gesendet, die in Richtung mehr Beziehung und mehr Kooperation gingen. Die Reaktionen darauf waren zwiespältig. Einerseits hat der Rest Europas, insbesondere Deutschland, versucht, gute Geschäfte mit Russland zu machen. Auch sind Foren des Gedankenaustausches wie der «Petersburger Dialog» oder das «Deutsch-Russische Forum» entstanden. Zugleich aber hat sich die Nato in Richtung russischer Grenze vorgeschoben, die EU hat die Nachbarn Russlands enger an sich binden wollen und – die Ukraine ist nur ein Beispiel dafür – dabei zugleich versucht, die besonderen Beziehungen der westlichen Nachbarn zu Russland auszuhöhlen. Und was die Foren betrifft: Aus westlicher Sicht gab es keinen gleichwertigen Austausch auf Augenhöhe; statt dessen sollte Russland «verwestlicht» werden. Was das bedeutet, hatten die Menschen in Russland während der Jelzin-Ära erlebt und erlitten. Ist es da so verwunderlich, dass die russische Politik immer mehr einen eigenständigen Weg sucht und nicht noch danke sagt zum Feindbild Russland?

Was passierte tatsächlich auf der Krim und in der Ukraine?

- Warum werden beim Blick auf die Krim und die Ukraine die Tatsachen ausgeblendet? An der Zuspitzung seit dem Herbst 2013 hatten die EU-Staaten und auch hier insbesondere Deutschland einen massgeblichen Anteil. Als deutscher Aussenminister war Frank-Walter Steinmeier zwar im Februar 2014 aktiv an einem Versuch beteiligt, einen verfassungsmässigen Übergang der Regierungsgewalt in der Ukraine zu bewerkstelligen, aber die getroffene Vereinbarung war einen Tag später nur noch Makulatur, und es kam zu einem verfassungswidrigen Sturz der Regierung. Dagegen hat der deutsche Aussenminister, der ja Mitunterzeichner der Vereinbarung war, nichts unternommen, obwohl ihn der russische Aussenminister eindringlich dazu aufgefordert hatte. Im Gefolge des ukrainischen Staatsstreiches und der offenen Feindseligkeit der neuen Regierung nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen die mit Russland sympathisierenden Bevölkerungsteile in der Ukraine, hatten diese den Wunsch nach mehr Eigenständigkeit von Kiew – und auf der Krim mit grosser Mehrheit nach einer Mitgliedschaft in der Russischen Föderation. Die grosse Mehrzahl der Krim-Bewohner hatte und hat nicht den Eindruck, von Russland annektiert worden zu sein ... und die völkerrechtliche Beurteilung der Vorgänge im Frühjahr 2014 fällt unterschiedlich aus.

Recht hat der deutsche Bundespräsident mit der Feststellung, dass eine weitere Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen für «beide Seiten schlecht» wäre. Um so mehr stellt sich die Frage, warum die deutsche Politik und warum so viele deutsche Medien alles tun, damit sich diese Beziehungen weiter verschlechtern. Den Wünschen und Interessen der meisten Deutschen entspricht dies nicht. Aber was treibt die deutsche Politik ins Feindbild Russland?

Was «stört» wirklich an Russland?

Betrachtet man die Tatsachen, so kann es nicht der Inhalt der Unterstellungen gegenüber Russland sein. Die Tatsachen werden auch der deutschen Politik bekannt sein. Auch der deutsche Bundespräsident wird wissen, dass das Argumentarium beim Feindbild Russland nicht stimmt.

Ist es die deutsche Abhängigkeit von den Kreisen in den USA, die an einer Konferenz in Bratislava – der ehemalige Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium Willy Wimmer erwähnt diese zurecht immer wieder – im April 2000 bekundet haben, sie wollten den europäischen Kontinent teilen und einen neuen «Eisernen Vorhang» hochziehen? Alles westlich dieser Grenzziehung sollte unter US-amerikanischem Einfluss stehen.

Mit 97 zu 2 Stimmen hat der US-Senat erneut verschärfte Sanktionen gegen Russland beschlossen und zugleich dem US-Präsidenten Trump untersagen wollen, von sich aus Sanktionen gegen Russland aufzuheben. In den USA hat das Feindbild Russland wahnhafte Züge angenommen – und dafür gibt es viele Gründe: Sie reichen vom inneramerikanischen Krieg des «tiefen Staates» gegen den amtierenden US-Präsidenten und seine politischen Ideen bis hin zu handfesten wirtschaftlichen Interessen, nicht zuletzt an den riesigen Rohstoffvorkommen Russlands.

Vor allem aber: Russland ist ein Vorreiter der Idee geworden, dass jedes Land über sein Schicksal selbst bestimmen soll und dass es der Menschheit nicht guttut, wenn ein Staat alleine oder gar eine Art von «Weltregierung» die Weltgeschicke bestimmen will.

Soll Deutschland wieder gegen Russland in Stellung gebracht werden?

Schon zweimal im 20. Jahrhundert hat sich Deutschland für verheerende Kriege gegen Russland beziehungsweise die Sowjetunion instrumentalisieren lassen. Soll Deutschland wieder – erneut gegen den Willen der Bevölkerung – gegen Russland in Stellung gebracht werden?

Gibt es Kräfte in Deutschland selbst, die davon profitieren wollen, dass sich das deutsch-russische Verhältnis immer weiter verschlechtert? Zugespitzt formuliert: Überall auf der Welt, auch in Deutschland, gibt es Kräfte, die von Konflikten (und Kriegen) profitieren – obwohl man auch mit Russland gute Geschäfte machen könnte. In den USA spricht man vom militärisch-industriellen Komplex, wenn von der ersten Gruppe die Rede ist.

Deutschland ist das Land Europas, in dem die Kräfte der kulturellen Zersetzung den grössten Einfluss haben: Von der Genderideologie bis hin zur gezielten Verdummung und Atomisierung unserer Kinder und Jugendlichen. Diese Kräfte treibt eine erbitterte Feindschaft gegen alle Staaten und Völker, die kulturelle Substanz erhalten, pflegen und weiterentwickeln wollen. Die schärfsten Polemiken gegen Russland finden sich im deutschen Feuilleton. Und so weiter, und so fort. Eine definitive Antwort muss noch offenbleiben.

Eigenständiges Denken wird überlebenswichtig

Um das zum Schluss zu klären: Der Verfasser dieser Zeilen ist deutscher Staatsbürger, das Schicksal seines Landes ist ihm ein grosses Anliegen. Er ist kein Sprachrohr der russischen Regierung, bekommt kein Geld aus Russland, wird von niemandem aus Russland gesteuert, sondern hat sich lediglich vorgenommen, eigenständig zu denken. Er weiss, dass der Konflikt mit Russland eine Sackgasse ist, die schon jetzt viele Opfer fordert. Er ist überzeugt davon, dass Deutschland mit Russland gut auskommen könnte, wenn die deutsche Politik den Willen dazu hätte. Er plädiert für Dialog statt Konfrontation. Er hält es mit dem ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt: «Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.»

Quelle: <http://krisenfrei.de/was-treibt-die-deutsche-politik-ins-feindbild-russland/>

USA Nummer 1 Verursacher von Flüchtlingen

Sonntag, 25. Juni 2017, von Freeman um 07:00

Das wissen wir schon lange, aber die UN hat es jetzt offiziell in einem Bericht bestätigt. Die Länder mit den meisten Flüchtlingen sind alle das Ziel von amerikanischen Militärinterventionen. Laut UNHCR wurden vergangenes Jahr wegen der tödlichen Konflikte mehr als 65 Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Die Hälfte davon sind Minderjährige. Die betroffenen Länder haben alle etwas Gemeinsames: Washington führt dort in irgendeiner Form Krieg.

Wie ist es möglich, dass es trotz dieser Tatsache bei den westlichen Gutmenschen, Politikern und Medien keinen Aufschrei und Protest gibt, sondern immer noch unser «Alliierter» Amerika als «der Gute» angesehen wird? Die amerikanische Propaganda zur Selbstdarstellung und Ablenkung von ihren Verbrechen funktioniert offensichtlich bestens. Die kontrollierten Fake-News-Medien sind hauptsächlich für diese Verschleierung verantwortlich.

Es wird wohl andauernd über Flüchtlinge geredet, und was man für sie tun muss, aber der Verursacher der Flüchtlingsflut wird nicht mit Namen genannt und verurteilt. Das gleiche gilt für alle europäischen Regierungen, die kaum ein Wort der Kritik an Washington richten, wegen seiner weltweiten Kriegsführung, obwohl Europa mit der Unterbringung der Flüchtlinge den Preis dafür zahlt. Wie auch, wenn sie sich selber an den Kriegen als «Verbündete» beteiligen? Das heisst, die NATO-Länder sind mitschuldig am Verbrechen.

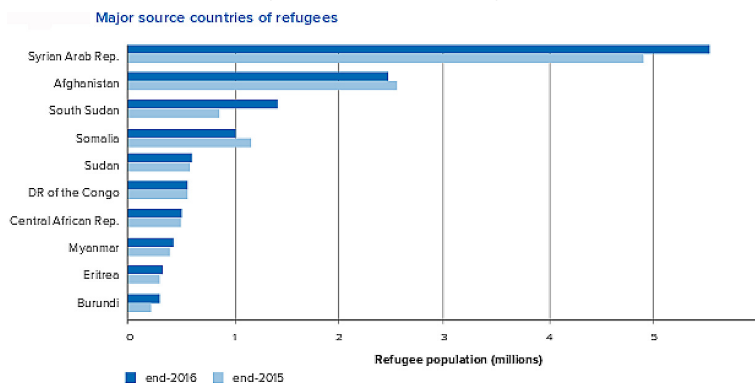
Das Büro des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge beim UNHCR, welches den Bericht erstellt hat, hat die

Zahlen drastisch verdeutlicht, indem es sagte, wegen der weltweiten Konflikte und der Verfolgung werde «eine Person alle drei Sekunden vertrieben – in weniger Zeit als es dauert, um diesen Satz zu lesen.»

Der UN-Hochkommissar Filippo Grandi nannte die Zahlen «unakzeptabel» und hat nach «Solidarität und einem gemeinsamen Ziel zur Prävention und Lösung der Krisen» aufgerufen.

Was der Bericht leider nicht ausdrücklich erwähnt – weshalb ich es tun muss –, ist die Rolle der militärischen Interventionen der USA, direkt oder indirekt, in der Verursachung der meisten Flüchtlinge der Welt.

Die folgende Grafik aus dem UN-Bericht zeigt, wo die Flüchtlinge der Jahre 2015 und 2016 herkommen:



Die Länder, aus denen die meisten Flüchtlinge stammen, sind Syrien (12 Millionen), Afghanistan (4,7 Millionen) und Irak (4,2 Millionen).

Die USA und seine «Koalition der Willigen» führen bekanntlich schon seit 16 Jahren einen Krieg in Afghanistan (einschliesslich Deutschland mit dem illegalen Einsatz der Bundeswehr) und seit 14 Jahren im Irak ... und kein Ende ist in Sicht. Die Trump-Regierung hat jetzt sogar verkündet, Tausende weitere Soldaten in den kommenden Monaten nach Afghanistan zu entsenden.

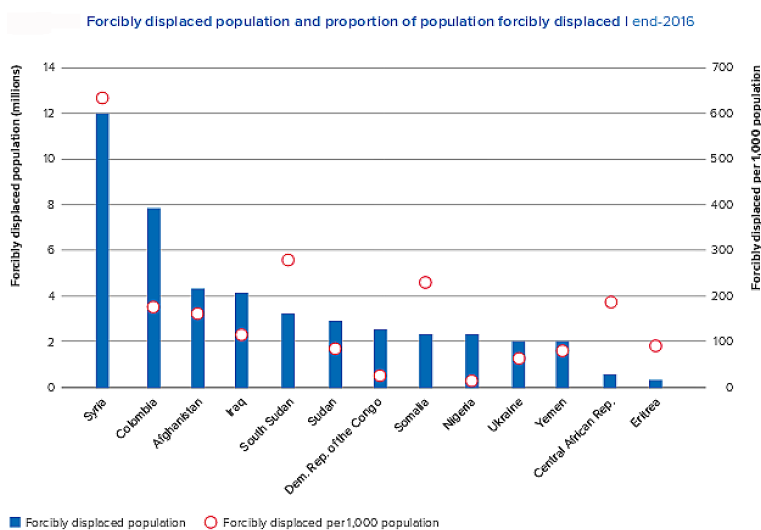
Jeder einzelne US-Soldat kostet den amerikanischen Steuerzahler während dem Einsatz in Afghanistan 2,1 Millionen Dollar. Die «MilitaryTimes» hat im September 2016 berichtet, dass die Kriege im Irak und Afghanistan den US-Steuerzahler bisher fast 5 BILLIONEN Dollar gekostet haben – ja, das sind 5000 Milliarden!!!

Unfassbar diese Geldausgabe, die nur Zerstörung, Leid und Tod bewirkt. Was könnte man mit dieser Summe alles an Gutem tun!

In Syrien führen die Vereinigten Staaten einen Stellvertreterkrieg, indem sie seit SECHS Jahren für den «Regime-wechsel» die ISIS-Terroristen als Kämpfer am Boden im Einsatz haben, die gegen die syrische Armee und gegen die syrische Bevölkerung einen grausamen Terrorkrieg führen. Amerikanische Flugzeuge bombardieren das Land schon lange und in letzter Zeit sind auch US-Soldaten mit Militärgerät in Syrien einmarschiert.

Durch die Politik Washingtons, Präsident Assad entfernen zu wollen, wurden ganze syrische Städte und Dörfer zerstört und Millionen Bewohner mussten ihre Heimat verlassen.

Auch in den anderen Ländern auf der Liste der meisten Flüchtlinge führen die USA Kriege oder intervenieren militärisch, wie im Südsudan, Nordsudan und in Somalia.



Wie die Grafik zeigt, wird Kolumbien mit 7,7 Millionen Kolumbianern, die 2016 vertrieben wurden, an 2. Stelle als «Produzent» von Flüchtlingen aufgelistet.

Genau wie in Syrien betreiben die USA in Kolumbien einen Proxikrieg, indem seit den 1980-Jahren, als Präsident Reagan den «Krieg gegen Drogen» ausgerufen hat, paramilitärische Gruppen, «Todesschwadronen» genannt, finanziert werden.

Seitdem tobt ein Krieg zwischen den revolutionären bewaffneten Kräften von Kolumbien (FARCE) und den von den USA bezahlten paramilitärischen Gruppen. Dieser Krieg läuft schon seit 50 Jahren und hat Millionen von Menschen vertrieben.

In Kolumbien läuft in Wahrheit ein Krieg FÜR Drogen ... wie auch in Afghanistan, das seit der Invasion der US-Truppen Weltmeister in der Drogenproduktion geworden ist. So werden die schwarzen Kassen der CIA gefüllt!!! Die amerikanische Aussenpolitik, oder Politik der Kriege zur Ausweitung des Chaos und der Zerstörung, ist auch schuld am Konflikt im Südsudan, bei dem der UN-Bericht festgestellt hat, dass es der am schnellsten wachsende Ort ist, wo Menschen vertrieben werden.

2011 haben die USA den Südsudan mehr oder weniger gezwungen, sich vom Grossteil des Sudan abzuspalten. Warum? Weil der Südsudan die grössten Ölreserven von ganz Afrika besitzt und der «Norden» Ölverträge mit den Chinesen abgeschlossen hatte. Washington hat damit China den Zugriff auf das Öl des Sudan verhindert. Durch die Amerikanische Intervention ist ein Bürgerkrieg ausgebrochen, und laut dem UN-Bericht haben seit Anfang des Krieges ca. 3,3 Millionen Menschen im Südsudan ihr Zuhause verlassen müssen.

Wir sehen: Egal um welche «Quelle» der meisten Flüchtlinge und Vertriebenen es sich handelt, die verbrecherische Politik der Vereinigten Staaten steckt dahinter. Dabei tun sie vordergründig immer so, als ob es um Menschenrechte, Demokratie und humanitäre Gründe gehe. Alles gelogen!

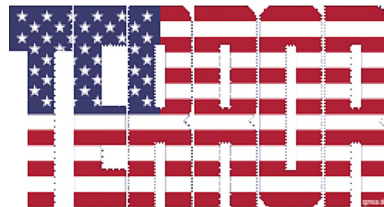
Es ist bezeichnend, dass die UN den Täter in ihrem Bericht nicht nennt. Grandi ruft wohl die Länder der Welt dazu auf, die Flüchtlingskrise zu verhindern und zu lösen, aber er hat nicht den Mut zu sagen, dass es Washington und der Militärisch-Industrielle-Komplex mit seiner unstillbaren Gier nach Eroberung, Macht und Profit sind, die die Flüchtlingskatastrophen verursachen!

Quelle: UNHCR - Global Trends - Forced Displacement in 2016

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2017/06/usa-nummer-1-verursacher-von.html#ixzz4l57Yt7md>

Was steckt hinter der Russland-Hetze der USA?

Veröffentlicht am 25. Juni 2017 von dieter; Ernst Wolff (antikrieg)



Wenn es um Russland geht, werden amerikanische Politiker hysterisch. Egal, was auf der Welt geschieht – es gibt kaum eine negative Meldung, deren Ursache nicht umgehend Russland oder dem russischen Präsidenten zugeschrieben wird. Ob es sich um einen Flugzeugabsturz in der Ukraine, die Manipulation der Präsidentenwahl in den USA oder Massendoping bei internationalen Sportereignissen handelt – US-Politiker und US-Medien deuten sofort mit dem Finger auf Russland.

Diese permanente Schuldzuweisung ist nicht neu: Gleich nachdem sie das nationalsozialistische Deutschland im Zweiten Weltkrieg gemeinsam mit der Sowjetunion besiegt hatten, änderten die USA den Kurs gegenüber dem Verbündeten und eröffneten die jahrzehntelange Phase des «Kalten Krieges». Wer immer in den USA auch nur ein positives Wort über die Sowjetunion fallen liess, wurde in der «McCarthy-Ära» der Fünfziger Jahre als «Kommunistenfreund» verfolgt. Wer sich dem staatlichen Diktat nicht beugte, durfte – wie u.a. Charlie Chaplin – nicht mehr in die USA einreisen oder wanderte ins Gefängnis.

Warum? Wieso wurde aus dem Verbündeten im Zweiten Weltkrieg plötzlich der Staatsfeind Nr. 1? Und wieso wird heute wieder solche Hetze gegen Russland betrieben?

Das neue Finanzsystem: Die Diktatur des US-Dollars

Die USA gingen aus dem Zweiten Weltkrieg als wirtschaftlich und militärisch stärkste Macht der Welt hervor. In Bretton Woods legten sie 1944 ein neues Weltwährungssystem fest, das den US-Dollar zur ersten globalen Leitwährung machte. Es gab nur eine wirtschaftlich bedeutende Nation, die sich dem Diktat des US-Dollars

nicht unterwarf: Die Sowjetunion. Sie ging sogar noch einen Schritt weiter und sorgte dafür, dass ihre Satellitenstaaten (die Länder des «Ostblocks») dem Abkommen ebenfalls fernblieben.

Damit wurde mehr als ein Sechstel der Erde dem Einfluss des US-Dollars und dem ungehemmten Export von US-Waren entzogen. Für die neue Supermacht USA Grund genug, den ehemaligen Verbündeten umgehend zum Feind zu erklären und mit Hilfe der Medien nach allen Regeln der Kunst zu verteufeln.

Auch die amerikanische Rüstungsindustrie trug zum Kurswechsel bei: Da sie im Zweiten Weltkrieg gegeneinander kämpfende Kriegsparteien mit Waffen versorgt hatten, war sie zu einer Wirtschaftsmacht erster Ordnung angewachsen. Nach Kriegsende geriet sie schnell in die roten Zahlen und lechzte daher nach Absatzmöglichkeiten und weiteren Kriegen. Da gegenüber der eigenen Bevölkerung ein passendes Feindbild benötigt wurde, kam die Ablehnung des Bretton-Woods-Abkommens durch die Sowjetunion für die Rüstungsindustrie wie gerufen.

Gegenwärtiges Ziel der USA: Das Ende der Dollar-Ära abwenden

Nach der Auflösung der Sowjetunion 1991 und dem Zerfall der Ostblockregimes änderte sich das Bild. Amerikanisches Kapital konnte den europäischen Osten fast ungehemmt überschwemmen. Damit entfiel die Notwendigkeit, das Feindbild aufrechtzuerhalten. Doch mit der Zeit begannen Russlands neue Machthaber, ihre eigenen Interessen zu verfolgen und nicht mehr nach der Pfeife des US-Kapitals zu tanzen. Gleichzeitig zeigte sich der fortschreitende Niedergang der US-Wirtschaft, deren Arbeitsplätze im Rahmen der Globalisierung ins Ausland verlegt worden waren und die immer stärker dem Spekulationskarussell des Finanzsektors unterworfen wurde.

Als erste Länder versuchten, sich der globalen Dominanz des US-Dollars zu entziehen, reagierten die USA mit eiserner Härte: Saddams Husseins Plan, Erdöl für Euro zu verkaufen, wurde mit einer Kriegserklärung an sein Land beantwortet, er selbst landete am Galgen. Gaddafis Vorhaben, einen goldgedeckten nordafrikanischen Dinar einzuführen, führte zur Verwüstung Libyens durch eine US-geführte Koalition und zu Gaddafis Ermordung.

Hintergrund der extremen Reaktion ist die Tatsache, dass der Dollar bis heute der wichtigste Eckpfeiler der globalen US-Vorherrschaft ist. Sobald er fällt, ist es mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzdominanz der USA vorbei. Deshalb stemmt sich Washington mit aller Macht gegen jeden Versuch, den Einfluss seiner Währung zu beschränken. Genau hier liegt auch der Grund für die seit drei Jahren an Schärfe zunehmende Russland-Hetze: Russland hat sich nämlich 2014 erdreistet, mit China nicht nur einen Mega-Deal im Energiebereich abzuschließen, sondern auch anzukündigen, künftig sämtliche Geschäfte im chinesisch-russischen Handel direkt in Rubel und Yuan abzuwickeln.

Beide Länder haben damit nichts anderes getan, als ihr international geltendes Recht als souveräne Staaten wahrzunehmen. Doch die USA haben eine lange Tradition, internationales Recht zu missachten, wenn es um eigene Machtansprüche geht. Russland und das mittlerweile wirtschaftlich übermächtige China haben in den Augen Washingtons einen Präzedenzfall geschaffen, der die Weltherrschaft des Dollars infrage stellt und weitere Länder ermutigen könnte nachzuziehen – und der damit das Ende der US-Dollar-Diktatur einläuten könnte. Da das US-Finanzsystem auf Grund riesiger Spekulationsblasen derzeit in allergrössten Schwierigkeiten steckt, ist nicht mit einem Nachlassen der Russland-Hetze zu rechnen. Im Gegenteil: Washington wird auch für die absehbaren weiteren Einbrüche im Wirtschafts- und Finanzsektor, zur Rechtfertigung seiner militärischen Aufrüstung und zur Begründung umfassender Sozialkürzungen dringend einen Sündenbock brauchen. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass wir demnächst erfahren, dass die Ursache für einen Kurssturz des Dow Jones, das Platzen neuer US-Immobilienblasen oder Kürzungen von Essensmarken für bedürftige US-Bürger nicht im US-Finanzsektor oder in Washington zu suchen sind, sondern – in den weiten Gefilden des 8000 Kilometer entfernten Moskauer Kremls.

Quelle: <http://krisenfrei.de/was-steckt-hinter-der-russland-hetze-der-usa/>

Europa gehört den Bürgern, nicht den «Eliten»!

25. Juni 2017

Eine aktuelle Studie der britischen Denkfabrik Chatham House hat ergeben, dass die Bürger Europas in den Bereichen der europäischen Integration und der Zuwanderung ganz andere Ansichten als ihre «Eliten» vertreten. Damit wird offensichtlich, dass die EU zunehmend zu einem Projekt der Eliten verkommt, obwohl sie ursprünglich ein Projekt der Völker sein sollte.

Die britische Denkfabrik Chatham House, weltweit als zweitwichtigster Think-Tank anerkannt, stellen in einer aktuellen Studie dar, dass die europäischen Bürger in weiten Teilen gänzlich andere Ansichten teilen als die sie führenden und tonangebenden Eliten.

Immense Kluft zwischen Bürger und Eliten

Die Umfrage der renommierten Denkfabrik führte die Studie zwischen Dezember 2016 und Februar 2017 in zehn EU-Ländern durch und befragte dabei zwei Gruppen: Eine repräsentative Stichprobe von 10 000 europäischen Bürgern und eine weitere Stichprobe von über 1800 aus Europas ›Eliten‹, die sich aus einflussreichen Einzelpersonen in Politik, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zusammensetzt.

	Elite
<i>Austerity and the eurozone</i>	
Austerity has been an effective policy in the eurozone	28
Austerity has not been an effective policy in the eurozone	54
Neutral – no view on austerity	14
<i>Eurozone integration over the longer term</i>	
Eurozone should become much more integrated	71
Eurozone should not become much more integrated	13
Neutral – no view either way	13

Haushaltspolitische Einschätzung der Eliten (Bild: Screenshot Chatham)

Die ausgewerteten Daten zeigen zusammenfassend, dass es eine immense Kluft zwischen diesen beiden Gruppen und deren Einstellungen in den Bereichen Solidarität zur EU, der EU-Demokratie und dem Gefühl der europäischen Identität gibt. Die befragten Eliten sehen eher Vorteile in der EU-Integration und zeigen sich liberaler und optimistischer. Im Gegensatz dazu die befragten EU-Bürger.

EU-Bürger mehrheitlich für muslimischen Zuwanderungsstopp

So glauben im Themenfeld ›Solidarität‹ 77 Prozent der Elite, aber nur 50 Prozent der EU-Bürger, dass reiche Mitgliedsstaaten die ärmeren Mitgliedsstaaten finanziell unterstützen sollten.

Perceived effects of immigration on ...	Elite	Public
<i>The country</i>		
Has been good for country	57	25
Neutral – neither agree nor disagree	16	31
Has been bad for country	24	44
<i>Cultural life</i>		
Immigrants enhance cultural life	58	32
Neutral – neither agree nor disagree	15	29
Immigrants have not enriched cultural life	26	38
<i>Crime</i>		
Has made crime worse	30	51
Neutral	15	25
Has not made crime worse	54	24
<i>Welfare</i>		
Is a strain on the welfare state	35	55
Neutral – neither agree nor disagree	14	24
Is not a strain on the welfare state	49	21

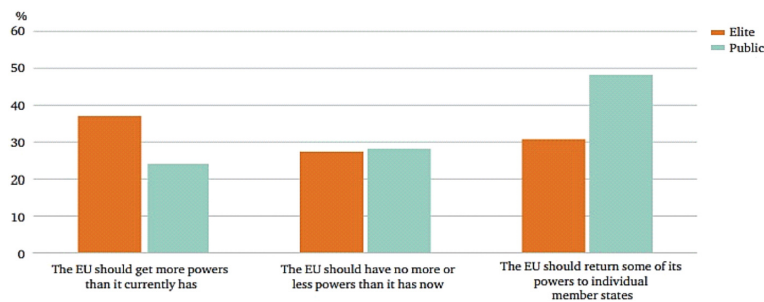
Zuwanderung (Screenshot: Chatham)

56 Prozent der europäischen Bürger sprechen sich für einen Zuwanderungsstopp für Muslime aus, 61 Prozent setzen sich für ein Verbot der Vollverschleierung ein. 48 Prozent der Bürger fordern, dass die EU Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgibt, nur 24 Prozent würden der EU weitere Befugnisse einräumen. Bei den ›Eliten‹ sind die Befürworter einer tieferen Integration mit 71 Prozent in der Mehrheit.

AfD zeigt sich als Sachwalterin der Interessen der europäischen Bürger

Mit den Forderungen nach einer Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene und einem wirkungsvollen Schutz der Grenzen gegen illegale Zuwanderung zeigt sich die AfD als Sachwalterin der Interessen der europäischen Bürger, so Dr. Jan Bollinger, rheinland-pfälzischer AfD-Landtagsabgeordneter und AfD-Landesvorstand. «Dass die Bürger die ›Vereinigten Staaten von Europa‹ ablehnen und mehrheitlich der Meinung sind, ihr Land sei vor 20 Jahren ein besserer Lebensort gewesen, ist zudem eine herbe Klatsche für die EU und ihre

Politiker. Offenkundig hat man im Elfenbeinturm Brüssel wie auch in Berlin und Mainz die Lebenswirklichkeiten der Bürger nicht mehr im Blick. Daher überrascht mich dieses desaströse Zeugnis nicht wirklich.»



Machtkompetenz der EU (Bild: Screenshot: Chatham)

Die Studie verdeutliche zudem, dass die EU zwar viele, aber längst nicht alle Eliten überzeugt, die Bürger jedoch insgesamt verlieren würden, so Dr. Bollinger weiter. Damit verkomme die EU zunehmend zu einem Projekt der Eliten, obwohl sie ursprünglich ein Projekt der Völker sein sollte. Die AfD warnt seit Jahren davor, den Bogen der europäischen Integration zu überspannen. Die EU sollte ein Staatenbund bleiben, der primär in wirtschaftlichen und umweltpolitischen Fragen zusammenarbeitet.

«Wer jedoch den europäischen Bundesstaat gegen den Willen der europäischen Bürger forciert, versündigt sich am europäischen Gedanken. Europa ist in Demokratie, Freiheit und Vielfalt geeint, nicht in Bevormundung und Einfalt!», so der AfD-Politiker abschliessend. (BS)

Quelle: <http://www.journalistenwatch.com/2017/06/25/europa-gehoert-den-buergern-nicht-den-eliten/>

Giftgasmassaker war Inszenierung der USA

Montag, 26. Juni 2017, 20:00 Uhr; von Günter Meyer

Die Trump-Show als Reaktion auf das angebliche Giftgasmassaker von Khan Sheikhun am 4. April 2017 ist ein weltweiter Propagandaerfolg der Weisshelme.

87 Menschen sollen am 4. April 2017 bei einem Angriff der syrischen Luftwaffe in Khan Sheikhun, in der von islamistischen Extremisten kontrollierten Provinz Idlib, durch das Nervengas Sarin getötet worden sein. Dieses Giftgasmassaker führte zur jüngsten Wende im syrischen Stellvertreterkrieg. Präsident Trump hatte noch kurz zuvor erklären lassen, für seine Regierung sei der Kampf gegen IS und die Terroristen des Al-Kaida-Netzwerks das Wichtigste. Assad könne im Amt bleiben bis das syrische Volk durch Wahlen über die Zukunft des Präsidenten entscheide. Unter Verweis auf die entsetzlichen Bilder sterbender Babys befiehlt Trump dann jedoch einen Angriff mit 59 Marschflugkörpern auf die syrische Luftwaffenbasis, von der angeblich der Chemiewaffeneinsatz durchgeführt wurde. Die USA, die übrigen G7-Staaten und alle anderen Gegner des syrischen Regimes sind sich einig: Assad muss weg. Die Beziehungen zwischen Washington und Moskau erreichen einen Tiefpunkt, wie es ihn seit dem Kalten Krieg nicht mehr gegeben hat.

Von Anfang an bestanden jedoch Zweifel an der Schuldzuweisung für dieses brutale Kriegsverbrechen. Wie bei jedem Verbrechen sollte auch hier als erstes die Frage gestellt werden: «Wem nützt es?» Sicherlich nicht Assad! Die Truppen des Regimes und seiner Verbündeten waren an allen Fronten mit konventionellen Waffen auf dem Vormarsch. Warum sollte Assad, dessen Zukunft dank Trump gesichert schien, in dieser Situation durch einen Giftgaseinsatz politischen Selbstmord begehen?

In Damaskus wird ebenso wie in Moskau jeglicher Einsatz von Giftgas bestritten. Vielmehr sei ein Waffenlager der Djiihadisten bombardiert worden. Dabei seien offenbar chemische Kampfstoffe freigesetzt worden. Westliche Experten weisen die Darstellung zurück, weil es aus technischen Gründen nicht zu einer Ausbreitung von Sarin mit so hohen Opferzahlen kommen könne. Dazu sei ein gezielter Luftangriff mit Giftgas-Bomben erforderlich. Dies bestätigt auch ein Geheimdienstbericht aus dem Weissen Haus vom 11. April, der allerdings erhebliche Mängel aufweist. Der französische Geheimdienst recherchiert gründlicher und belegt am 24. April «eindeutig, dass die syrische Armee die Stadt Khan Sheikhun mit dem Nervengas Sarin angegriffen hat».

Dagegen wurden wichtige Hinweise von 27 ehemaligen Mitarbeitern des US-Geheimdienstes, die das Leitungskomitee der Organisation «Veteran Intelligence Professionals for Sanity» (VIPS) bilden, in den Medien weitgehend ignoriert. Sie forderten Präsident Trump auf, seine Anschuldigungen gegen das Assad-Regime wegen des Einsatzes von Chemiewaffen zurückzunehmen. Dabei beriefen sie sich auf Aussagen von US-Militärangehörigen

in der Region, von denen die syrische und russische Version des Angriffs auf ein Waffenlager der islamistischen Extremisten bestätigt wird.

Die Hintergründe des angeblichen Giftgasangriffs und der anschliessenden US-Bombardierung der Luftwaffenbasis Shayrat hat jetzt Seymour Hersh veröffentlicht. Der bekannte Enthüllungsjournalist konnte in der Vergangenheit mit Hilfe bester Kontakte in Washington immer wieder Skandale in der US-Führung aufdecken. In seinem jüngsten Beitrag vom 25. Juni weist er im Detail nach, wie weit die offizielle Regierungsdarstellung von den realen Geschehnissen abweicht.

Nach den Informationen, die Hersh erhalten hatte, war die US-Militärführung in Doha bereits Tage zuvor von russischer Seite über den bevorstehenden Angriff in Khan Sheikhun informiert worden.

Das Ziel war ein Gebäude, das als Treffpunkt für Dschihadisten diente. Zum Einsatz kam eine konventionelle Bombe mit hoher Sprengkraft, die der syrischen Luftwaffe eigens für diesen Angriff von den Russen zur Verfügung gestellt wurde. Da in dem getroffenen Gebäude neben Waffen auch chemischer Dünger und Desinfektionsmittel gelagert wurden, führte die Bombenexplosion zur Freisetzung von einem Gemisch giftiger Gase. Dadurch traten bei den Opfern Symptome auf, wie sie ähnlich auch beim Einsatz des Nervengases Sarin festzustellen sind.

Die Bilder qualvoll sterbender Kinder, die innerhalb kürzester Zeit den internationalen Nachrichtenagenturen vorlagen, veranlassten Donald Trump umgehend dazu, zur Vergeltung für den angeblichen syrischen Giftgasangriff einen militärischen Einsatz gegen das Assad-Regime anzuordnen. Dabei war sowohl dem Militärischen Geheimdienst als auch der CIA bekannt, dass es sich in Khan Sheikhun um einen konventionellen Angriff gehandelt hatte.

Der Präsident liess sich jedoch diese Chance nicht entgehen, seine angeschlagene Popularität zu verbessern. Unter dem Vorwand eines syrischen Kriegsverbrechens, das mit russischer Unterstützung begangen worden sei, befahl er mit dem Einsatz der Marschflugkörper als Vergeltung eine Show militärischer Stärke: Ein harmloses «Feuerwerk», wie es Insider bezeichneten, das nach rechtzeitiger Vorwarnung auf der Luftwaffenbasis Shayrat nur minimalen Schaden anrichtete. Ungleich grösser waren dagegen die politischen Folgen, die zu einer Kehrtwendung der US-Politik gegen das Assad-Regime und seine Verbündeten führte.

Daran schliesst sich die Frage an, wie es möglich war, dass sich innerhalb kürzester Zeit in den meisten Teilen der Welt die Schuld des Assad-Regimes an dem Giftgasmassaker in der öffentlichen Meinung festsetzen konnte. Hier spielen die «Weisshelme» eine Schlüsselrolle. Als «Syrischer Zivilschutz» gelangten sie zu Weltruhm für ihre heldenhaften Rettungseinsätze beim Kampf um das von islamistischen Extremisten kontrollierte Ost-Aleppo. Sie wurden sogar mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. Ein Film über diese Organisation erhielt einen Oscar für den besten Dokumentar-Kurzfilm.

Kritiker werfen den «Weisshelmen» vor, dass sie eng mit den Dschihadisten der Al-Nusra-Front zusammenarbeiten, also einem Ableger von Al-Kaida. Nur mit Unterstützung der Terroristen können sie vor allem Propagandafilme produzieren, die den Kampf gegen das Assad-Regime rechtfertigen sollen. Dafür werden sie in erster Linie von den Regierungen in England und den USA mit weit über 100 Millionen US-Dollars finanziert.

Es gibt zahlreiche Beispiele für propagandistische Inszenierungen, falsche Zuordnungen und das Recycling von Filmen von Rettungsaktionen. Sie vermitteln immer wieder die gleiche Botschaft: Tapfere «Weisshelme» retten vor allem Kinder nach Fassbombenangriffen des menschenverachtenden Assad-Regimes. Dabei kommt es dann schon vor, dass das Video der Rettungsaktion desselben kleinen Mädchens gleich dreimal zur Dokumentation von Bombenangriffen in Abständen von einem Monat eingesetzt wird. In anderen Fällen wurden frühere Aufnahmen der Zerstörung in Homs und sogar eines Stadtteils von Gaza, der von der israelische Luftwaffe bombardiert worden war, als Beleg für das Ausmass der Zerstörung durch Fassbomben in Ost-Aleppo herangezogen.

Immer wieder weist die offensichtliche Verwendung von roter Farbe als Blutersatz bei angeblich verletzten Kindern auf Inszenierungen hin. In einem Fall musste sich CNN sogar weltweit für die Ausstrahlung eines Videos über die «Weisshelme» entschuldigen, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die dort gezeigte Rettungsaktion von professionellen Schauspielern dargestellt wurde.

Auch in Khan Sheikhun waren die «Weisshelme» offensichtlich rechtzeitig über den bevorstehenden Militärschlag informiert. Sie übernahmen die entscheidende Rolle, für die weltweite mediale Verbreitung des Entsetzens über das Giftgasmassaker zu sorgen. Zu diesem Zweck wurden auch Videos gedreht, die zeigen sollen, wie sich die «Weisshelme» mit medizinischen Eingriffen um die Rettung von kleinen Kindern bemühen.

Ärzte der Organisation «Swedish Doctors for Human Rights» kommen nach der Analyse des Filmmaterials zum Ergebnis, dass die angeblich lebensrettenden Massnahmen in völlig inkompetenter Weise offensichtlich von Nichtmedizinern an bereits toten Kindern durchgeführt wurden – eine reine Inszenierung für die Kamera.

Das jüngste angebliche Giftgasmassaker fügt sich ein in eine Reihe von anderen Propagandaaktionen, die nur dazu dienten, die USA zum Angriff auf das syrische Regime zu veranlassen. 2012 hatte Präsident Obama erklärt, dass die US-Regierung das Überschreiten der «roten Linie» durch einen Giftgasangriff der Streitkräfte mit einem militärischen Einsatz gegen das Regime beantworten würde. Bereits wenige Wochen später tauchten in arabischen Medien die ersten Berichte über die Planung von Chemiewaffen-Einsätzen auf, für die Assad die Schuld bekommen sollte. Im März 2013 erfolgte dann der erste Raketenangriff mit Giftgas auf den Ort Khan al-Assal im Norden des Landes. Mehr als 20 Menschen wurden getötet, darunter auch Soldaten des Regimes. Deshalb erschien es höchst zweifelhaft, dass Assad diesen Angriff befohlen haben sollte. Eine UN-Kommission wurde eingesetzt, die aber auf Druck der USA nur untersuchen durfte, ob überhaupt Chemiewaffen eingesetzt wurden, nicht jedoch, wer für den Angriff verantwortlich war.

Nach massiven Bemühungen von Russland entsandte der Sicherheitsrat schliesslich eine UN-Kommission, die auch die Verantwortlichkeit für Giftgaseinsätze feststellen sollte. Kaum war diese in der Hauptstadt eingetroffen, schlugen Raketen mit chemischen Kampfstoffen in Gebieten der Ghouta von Damaskus ein, die von Assad-Gegnern kontrolliert wurden. Die Angaben über die Zahl der Giftgasopfer schwankten zwischen 300 und 1500. Ein grossangelegter Angriff unter US-Führung zur Zerstörung der militärischen Infrastruktur in Syrien konnte nur durch die Vernichtung sämtlicher chemischen Kampfstoffe der syrischen Streitkräfte abgewendet werden.

Aufgrund von detaillierten Informationen aus Regierungskreisen in Washington kam Seymour Hersh schon bald zu dem Ergebnis, dass es sich hier um einen Giftgasangriff «unter falscher Flagge» gehandelt hatte. Bestätigt wurde dies durch eine weitere Studie des Massachusetts Institut of Technology (MIT).

Sie weist nach, dass die Giftgasraketen entgegen den offiziellen Angaben der US-Regierung nicht von einer Militärbasis oberhalb der Stadt abgefeuert wurden. Die eingesetzten Raketen hatten nur eine Reichweite von maximal 2 km und müssen deshalb aus den von Assad-Gegnern kontrollierten Gebieten abgefeuert worden sein.

Vor diesem Hintergrund ist es angesichts der Unberechenbarkeit von Donald Trump und seiner Verbreitung von Fake News wichtiger denn je, gerade hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Syrien alle Stellungnahmen aus dem Weissen Haus noch kritischer als bisher zu hinterfragen.



Prof. Dr. Günter Meyer leitet das Zentrum für Forschung zur Arabischen Welt (ZEFAR) an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/giftgasmassaker-war-false-flag-operation>

Grundgesetzänderungen könnten Schulen systematisch für private Investoren öffnen

Von ULRIKE VON WIESENAU | Veröffentlicht am 26.05.2017 um 15:57 in: Innenpolitik, Privatisierung

Am 1. Juni 2017 sollen im Bundestag die Voraussetzungen für eine der grössten und wahrscheinlich folgenreichsten Privatisierungen der deutschen Geschichte geschaffen werden. Weitgehend unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit könnten nicht weniger als 13 Grundgesetzänderungen beschlossen werden.



Die Änderungen betreffen zum einen die Regelungen zur umstrittenen Infrastrukturgesellschaft, die künftig für die Planung, den Bau und Betrieb der deutschen Autobahnen zuständig sein soll und mit der der bisher bei den Ländern liegende Besitz an den Autobahnen in einer privatrechtlich verfassten Gesellschaft unter Regie des Bundes zentralisiert wird. So sollen unter der Grossen Koalition die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, dass von der Infrastrukturgesellschaft künftig Betriebs- und Nutzungsrechte an den deutschen Autobahnen an private Finanzinvestoren übertragen werden können.

Doch es geht bei den umfangreichen Grundgesetzänderungen auch um Privatisierungen im Bereich der Bildungsinfrastruktur. Für den Bau und die Sanierung von Schulgebäuden mit privaten Investoren in Form einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) sollen im Rahmen des geplanten Gesetzespakets ebenfalls die Voraussetzungen geschaffen werden. Die durch die Gesetzesänderungen in ihren Befugnissen beeinträchtigten Länder, die anfangs gegen eine Zentralisierung der Autobahnverwaltung votierten, haben ihren Widerstand mit der Zusage des Bundes, ihnen jährliche Finanztransfers in Milliardenhöhe zu gewähren, aufgegeben.

Dieser «Kuhhandel mit dem Grundgesetz» hat den Weg frei gemacht für ein gigantisches Privatisierungsvorhaben, das den bislang massivsten Ausverkauf der öffentlichen Infrastruktur in Deutschland darstellt. Dem weltweit vagabundierenden Kapital eröffnen sich dadurch neue hochprofitable und sichere Anlagemöglichkeiten zu ihrem Nutzen.

Schulbau unter ÖPP-Regie

Bildungsfragen sind bislang in weiten Bereichen Ländersache. Dieser Grundsatz soll nun in Frage gestellt werden, indem das sogenannte Kooperationsverbot gelockert wird. Mit der Einfügung des Artikel 104c ins Grundgesetz würde der Bund den Gemeinden Finanzhilfen im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur leisten dürfen. Mit dem Begleitgesetz zur Grundgesetzänderung werden 3,5 Milliarden Euro für solche Finanzhilfen bereitgestellt. Der Verdacht drängt sich auf, dass die Bundesregierung hier versucht, die Misere im Bildungswesen zu nutzen, um privaten Investoren Zugang zu Fördergeldern des Bundes zu verschaffen.

In den Gesetzentwürfen werden ÖPPs im Schulbau dann auch explizit als förderfähig aufgeführt. Bildungspolitiker, die feiern, dass bald 3,5 Milliarden Euro an finanzschwache Kommunen gehen, verschweigen, dass die Schulen damit Gefahr laufen, zum Anlageobjekt von Konzernen zu werden. Die personell ausgedünnten Bauämter in den Kommunen werden demnächst Gelder in Aussicht haben, die möglichst schnell abgerufen werden müssen. Da Kapazitäten in den kaputtgesparten Ämtern fehlen, ist das Einfallstor für private Investoren abzusehen: Überall sollen «Infrastrukturgesellschaften» gegründet werden und die Schulen nach und nach unter ÖPP-Regie fallen.

ÖPP ist keine Win-Win-Konstellation

Eine öffentlich-private Partnerschaft, also eine Partnerschaft zwischen der öffentlichen und der privatwirtschaftlichen Seite, hört sich zunächst nach einem Verhältnis zu beiderseitigem Vorteil an. «ÖPP» lautet denn auch seit Jahren die Zauberformel in vielen Kommunen und beim Bund, obwohl sich das Geschäftsmodell längst diskreditiert hat. Denn der Kern von ÖPP sind privatrechtliche Geheimverträge mit Gewinngarantien, die von internationalen Kanzleien entworfen werden und geheime Schiedsgerichte, die die parlamentarische Kontrolle durch ihre Paralleljustiz unterwandern. Der Bund bleibt bei den Teilprivatisierungs-Verträgen zwar formal Eigentümer der Schulen und Autobahnen, hat aber de facto nichts mehr zu sagen. Der Bundesrechnungshof hat das als «funktionale Privatisierung» bezeichnet. Von einer Partnerschaft auf Augenhöhe kann hier nicht die Rede sein, es handelt sich vielmehr um eine institutionalisierte Form, Gewinne zu privatisieren und Verluste der Allgemeinheit aufzubürden.

Die immer wieder vorgebrachte Behauptung, die Privaten seien effizienter, haben die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder inzwischen ebenfalls widerlegt, indem sie 18 ÖPP-Projekte untersucht haben. In 80 Prozent der Fälle fehlte der schlüssige Nachweis des von privaten Beratern behaupteten Effizienzvorteils, die ÖPP-Projekte waren sogar deutlich teurer als in öffentlicher Durchführung. Inzwischen häufen sich die Fälle, die den Irrweg der Privatisierungen im Schulbetrieb belegen. Die Stadt Witten verzichtete unter anderem wegen auffälliger Ungereimtheiten im Zusammenhang mit zwei ÖPP-Schulen auf eine ÖPP-Sanierung ihres Rathauses. Im Landkreis Offenbach wurden 90 Schulen per ÖPP vergeben. Jetzt müssen die Kommunen Kredite aufnehmen, um die laufenden Kosten zu decken.

Die Ursache für den Sanierungsstau im Bereich der kommunalen Infrastruktur ist die Unterfinanzierung der Kommunen. Der Bund stellt nun den Kommunen Geld zur Sanierung von Schulen in Aussicht, mit der Empfehlung, auf die ÖPPs zurückzugreifen. Nun schliesst das Begleitgesetz zwar nicht aus, Schulen mit einer rein staatlichen Finanzierung instand zu setzen, aber die Kommunen verstossen damit häufig gegen die Vorgaben der «Schuldenbremse», die für ÖPP-Projekte bezeichnenderweise keine Gültigkeit hat. Der Bundesrechnungshof erklärt am Beispiel der Verkehrsinfrastruktur: «Die Kredite der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft (...) werden bei der Berechnung der zulässigen Neuverschuldung nicht berücksichtigt.» In der Endabrechnung kommen ÖPP-Projekte aber dem Staat und damit den Bürgerinnen und Bürgern viel teurer zu stehen als dies bei einer rein staatlichen Finanzierung der Fall wäre.

Gravierende Auswirkungen von ÖPP im Schulbereich

Was ÖPP im Schulbau für die betroffenen Schulen konkret bedeutet, ist bisher in der Öffentlichkeit noch kaum realisiert worden, obwohl die Auswirkungen gravierend sind. Über die privatrechtlichen ÖPP-Verträge bekommen die Investoren weitreichenden Einfluss auf den Schulbereich. Die Schule gehört zwar formell weiter dem Staat, aber das Hausrecht über die Schulräume läge künftig bei den Investoren. Sie bestimmen dann auch darüber, wie die Schulen nach dem Unterricht, am Wochenende oder in den Ferien genutzt werden. Selbst die Lehrer-Parkplätze könnten künftig bewirtschaftet werden. Auch die Schulausrüstung, die technische Ausstattung, das Schulessen oder die Reinigung wird von ihnen festgelegt werden. Die Instandhaltung und Reparatur folgt ihren Massgaben.

Wenn Schulen zum Anlageobjekt werden, ist damit zu rechnen, dass sie auf Finanzmärkten gehandelt werden. Betreiberfirmen wie Hochtief oder Bilfinger verkauften bereits zahlreiche deutsche Schul-ÖPPs an Investmentfonds. Die Renditen der Fonds speisen sich damit aus Steuergeldern, die ursprünglich dem Schulbau gewidmet waren. Nach 30 Jahren Vertragslaufzeit findet in der Regel die Rückübergabe statt. Es ist absehbar, in welchem Zustand die Gebäude und das Inventar sein werden, wenn das Gebot der Gewinnmaximierung den Betrieb dominiert.

Zu den bildungspolitischen Auswirkungen zählt, dass der demokratische Einfluss auf die Gestaltung des Schulwesens reduziert wird, weil die privaten Betreiber über ihre Vertragsgestaltung keinen Einfluss zulassen. Die kommunalen Parlamente haben keinen Einblick in die Gestaltung der Verträge und werden nur noch reduziert entscheidungsbefugt sein. Denn wesentliche Entscheidungsbefugnisse gehen von gewählten Regierungen in Bund, Ländern und Kommunen an private Träger über. Das Privatrecht verhindert Transparenz und eine wirkungsvolle öffentliche Kontrolle. Es liegt auf der Hand, dass auch die Qualität der Bildung auf Dauer von der Privatisierung betroffen sein wird.

Seit Monaten werden Vertreter der Grossen Koalition nicht müde zu behaupten, dass niemand vorhätte, Autobahnen und Schulen zu privatisieren und der Bund Eigentümer bleibe. Das ist eine massive Täuschung der Öffentlichkeit. Denn sobald eine privatrechtliche Infrastrukturgesellschaft gebildet wird, ist es formal nicht möglich, Privatisierungen auszuschliessen. Die Entscheidungen werden dann nicht mehr im Bundestag, sondern im Vorstand der Gesellschaft gefällt. Auch der Bundesrechnungshof hat die Gesetzesänderungen als Privatisierung durch die Hintertür bezeichnet. Der Tatbestand, dass Schulen und Autobahnen bei einer funktionalen Privatisierung formal im öffentlichen Eigentum bleiben, schliesst die zahlreichen Privatisierungsmöglichkeiten nicht aus, weder Öffentlich-Private Partnerschaften noch stille Beteiligungen oder andere eigenkapitalähnliche Anlageformen.

Die Bundesregierung stützt ihr Vorhaben auf das Gutachten der «Fratzscher-Kommission», in der den Vertretern des privaten Banksektors ein unangemessen hohes Gewicht eingeräumt wurde. Die Gewerkschaften lehnten das Ergebnis der Kommission ab. Dass die Bundesregierung für eine solche Privatisierung im Sinne neoliberaler Ideologen und Lobbyisten das Grundgesetz ändern will, trifft die Gesellschaft im Innersten. Die immer weitere Entmachtung der Parlamente durch Geheimverträge, die Transformation öffentlicher Aufgaben in private, die dann der öffentlichen Kontrolle entzogen sind, sowie die Paralleljustiz der geheimen Schiedsgerichte höhlen die Demokratie aus.

Quellen:

Gesetzesentwurf: Drucksache 18/11131. Geändert bzw. neu abgefasst werden sollen 13 Artikel im Grundgesetz: die Artikel 74, 90, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f und 143g.

Drucksache 18/11135: Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs

Vgl. Bundesrechnungshof, Gutachten des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung zu Organisationsformen und Finanzierungsvarianten für die Bundesfernstrassen, 30.11.2016.

Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder: «Gemeinsamer Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten», Wiesbaden, 14. September 2011

Waßmuth, Valentukeviciute, Pilgram (2013): «Gutachterliche Stellungnahme zu PPP-Projekten in Witten.»

Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/inland/grundgesetzaenderungen-koennten-schulen-systematisch-fuer-private-investoren-oeffnen/>

Nun sind sie halt da

27. Juni 2017; Von Klaus Peter Krause



*Schön ist es, auf der Welt zu sein, noch schöner aber ist es in Deutschland bleiben zu dürfen
(Foto: Istvan Csak/ Shutterstock)*

Die deutsche Grenze offen wie ein Scheunentor – Sofortmassnahmen als Nothilfe – Wer da wirklich in unser Land kommt – Die Deutschen in Deutschland sollen zur Minderheit werden – Die eingelullten Deutschen und die Erosion der Rechtsstaatlichkeit – Frau am Steuer, das wird teuer – Ab nach Nordkorea. Einstiger Originalton unserer Immer-noch-Kanzlerin Angela Merkel: «Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin. Nun sind sie halt da.» Sie erinnern sich? Das war am 22. September 2015 in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin. Mit einer derartigen Flapsigkeit hat diese Kanzlerin auf Vorhaltungen reagiert, dass sie die deutsche Grenze für die Masseninvasion von Menschen aus islamischen und afrikanischen Ländern so weit geöffnet hat wie ein Scheunentor. Nein, weiter noch. Denn kämen alle wirklich nur durch ein Scheunentor zu uns, wären sie wenigstens kontrollierbar. Was ist zu tun?

Die deutsche Grenze offen wie ein Scheunentor

Dass «die deutsche Grenze offen steht wie ein Scheunentor» war jüngst auch aus der Gewerkschaft der Polizei zu hören. Einbrecher, Diebe und Schmuggler, aber auch Einwanderer ungeklärter Identität könnten ungehindert ins Land kommen. Bundesentwicklungsminister Gerd Müller sieht schon 100 Millionen Afrikaner auf dem Weg nach Deutschland. Das würde die Zahl der gegenwärtig 82 Millionen Menschen hierzulande mehr als verdoppeln. Im Dezember 2016 schrieb der Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler Gunnar Heinsohn: «Natürlich würde man Afrikas Probleme gerne vor Ort gelöst sehen. Doch wer soll das leisten? 2015 zählt Gesamtafrikas Nachwuchs unter 18 Jahren 540 Millionen Kinder und Jugendliche, während Europa bis zum Ural nur 140 Millionen Gleichaltrige aufbietet. 2050 wird es um 1000 Millionen im Vergleich zu 130 Millionen gehen.»

Sofortmassnahmen als Nothilfe

Würden die alle ebenfalls kommen oder auch nur ein grosser Teil davon, soll es auch dann wieder schulterzuckend heissen: Nun sind sie halt da? Die vielen, vielen Nichtasylberechtigten sind es bereits. Nun müssen sie aber auch wieder weg. Und neue dürfen nicht hinzukommen. Aber wie verhindern, dass immer mehr hereinströmen? Die tapfere (und daher erfolgreiche) Wochenzeitung «Junge Freiheit» (JF) hat dazu das Flugblatt entworfen: «Die Wahrheit über das Asyl-Chaos und was wir dagegen tun können.» Sie bringt es in Deutschland unter die Leute und fordert als «Notbremse» zu den folgenden «Sofortmassnahmen» auf:

1. Die Staatsgrenze für Ausländer ohne Einreiseerlaubnis schliessen – notfalls mit Grenzzäunen. Die europäischen Aussengrenzen sichern – auch im Mittelmeer – und erzwingen, dass das Dublin-Abkommen eingehalten wird.
2. Die Grenz- und Anrainerstaaten beim Sperren der Schleuser Routen als Nothilfe unterstützen.
3. Abgelehnte Asylbewerber innerhalb von 30 Tagen und ohne Vorankündigung ausnahmslos abschieben.
4. Kriminelle Asylbewerber nach einer rechtskräftigen Verurteilung durch deutsche Gerichte sofort abschieben.
5. Den Familiennachzug und Geldleistungen beschränken und dadurch die Anreize zum Missbrauch abbauen.
6. Das Grundgesetz ändern, um das Asylrecht zu verschärfen: Anstelle eines individuellen Anspruchs auf Asyl eine einfachgesetzliche Regelung schaffen wie auch in den meisten anderen europäischen Staaten.

Wer da wirklich in unser Land kommt

Die Zeitung bittet, das Flugblattblatt zu verbreiten. Dazu will hiermit auch ich beitragen. In diesem «Flyer» ist unter anderem zu lesen: «Bis zu 1,5 Millionen und mehr Asyl-Einwanderer pro Jahr? Monatlich also eine Gross-

stadt von über 100 000 Einwohnern? Unkontrolliert und regellos? Schaffen wir das wirklich? Nur ein Bruchteil der Ausreisepflichtigen wird tatsächlich abgeschoben. Die manipulative Sprache von Medien und Politik kennt nur «Flüchtlinge» oder «Neubürger». Aber wer kommt da wirklich?» Das Flugblatt listet auf:

- Nur ein Prozent sind echte politisch Verfolgte und werden als asylberechtigt anerkannt. Ein Drittel erhält den Flüchtlingsstatus im Sinn der Genfer Konvention oder grosszügig gewährten Abschiebeschutz. Der Rest sind schlicht illegale Einwanderer.
- Über 66 Prozent der Asylbewerber sind Muslime, Tendenz steigend. Tag für Tag lässt sich derzeit eine muslimische Stadt neu in unserem Land nieder. Wir importieren die Verfolgung von Christen, fördern Zwangsehen, Menschenhandel und Prostitution.
- Über 80 Prozent der Asyleinwanderer sind alleinstehende junge Männer. Bei den Nordafrikanern ist der Männeranteil noch höher. Sie kommen als Vorhut: Jeder zieht im Schnitt sechs Angehörige nach. Aus 1,5 Millionen können so in wenigen Monaten 8 Millionen werden. Folge: Die Einwanderer werden sich nicht integrieren, sondern ihre Clanstrukturen in Deutschland etablieren und in Parallelgesellschaften leben.

Die Deutschen in Deutschland zur Minderheit machen

Diese Parallelgesellschaften gibt es längst. Geschrieben worden ist darüber schon viel. Was die Altparteien bisher versprechen, gegen die Masseninvasion zu tun, sind Lippenbekenntnisse, ist bestenfalls halbherzig. Es fehlt der politische Wille. Schlimmer noch: Es ist politischer Wille, die Unterwanderung aus anderer Kultur und Religion weiter voranzutreiben, um die Deutschen in Deutschland zur Minderheit zu machen, bis sie schliesslich Historie geworden sind. Für Thilo Sarrazin ist es «das grösste Sozialexperiment seit der Russischen Revolution – die grösste politische Torheit, die ein deutscher Regierungschef seit dem Zweiten Weltkrieg beging.» So in seinem Buch «Wunschdenken» über Merkels Asylpolitik.

Der hohe Anteil der bis zu sechsjährigen Migrationskinder

Alarmierend ist auch, wie viele bis zu sechsjährige Kinder «mit Migrationshintergrund» (ohne Flüchtlinge) schon in deutschen Grossstädten leben. Der Anteil dieser Kinder an der Gesamtzahl der bis zu Sechsjährigen beläuft sich zum Beispiel in Berlin auf 44, in Hannover auf 47, in Hamburg auf 49 Prozent, in Düsseldorf auf 50, in Köln auf 51, in Nürnberg auf 52, in Dortmund und Darmstadt auf 53, in Duisburg und Stuttgart auf 57, in Bremen auf 58 und München auf 58, in Augsburg auf 62 und in Frankfurt auf 76 Prozent. (Zahlen aus den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern, «Bevölkerung nach Migrationsstatus regional»).

Die eingelullten Deutschen und die Erosion der Rechtsstaatlichkeit

Die Altparteien wollen die deutschen Bürger einlullen; die Bundestagswahl steht bevor. Die Mehrheit der Deutschen lässt das offenkundig gern mit sich geschehen. Sie will heile Welt, ungestörtes Wohllleben, will unterhalten sein, begnügt sich mit «Brot und Spielen», hat sich dem Hedonismus hingeegeben. Dafür kommt ihr jede Vorgaukelei gelegen. Die durch Fremdvölkerinvasion und immer mehr Überwachungsstaat bedrohte (und bereits eingeschränkte) Freiheit zählt da nicht mehr. Selbst die schleichende Erosion der einst vorbildlichen deutschen Rechtsstaatlichkeit – auch sie durch jene Invasion zusehends ausgehöhlt – wird hingenommen.

Papier: Noch nie war in Deutschland die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief

Der einstige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier konstatierte: «Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief.» (FAZ vom 15. Januar 2016, Seite 9). Und ebenfalls dort: «Die engen Leitplanken des deutschen und europäischen Asylrechts sind gesprengt worden. Bestehende Regelungen wurden an die Wand gefahren.» Der Verfassungsstaat müsse funktionieren, er dürfe durch die Politik nicht aus den Angeln gehoben werden. Die FAZ schreibt dazu: «Das Offenhalten der Grenzen gefährdet laut Papier die «verfassungsstaatliche Souveränität». Er weist die Regierung in die Schranken. Dieser Schutz des Rechtsstaats vor der Politik ist die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts. Seit Monaten hört man den Vorwurf, Angela Merkel breche permanent das Recht und sogar die Verfassung. ... Mit Papier hat sich nun der ranghöchste Kundige an die Spitze der Kampagne gestellt. Aber wie kann es sein, dass es gegen die Verfassungsverletzung der Regierung keine Abhilfe geben soll?»

Frau am Steuer, das wird teuer

Immerhin, so die FAZ, habe Papier für den gefährlichen Regierungskurs ein Bild gefunden, das zum Nationalcharakter passe: Frau am Steuer, das wird teuer. Inzwischen ist ein neues Buch über Merkel auf dem Markt:

«Angela Merkel aus der Nähe» von Dr. Josef Schlarmann, dem langjährigen Bundesvorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. In Frankreich gibt es eine Gruppe von vier jungen Frauen, die sich «Les Brigandes» nennen und ein Lied gegen Merkel singen. Der Text beginnt mit den Worten «Sie ist eine schlechte Frau, ein Diktator», und der Refrain lautet «Merkel dégage! Merkel muss weg.» Aber mit «Merkel weg» wäre erst ein Teil gewonnen. Wäre sie aus Regierung und Bundestag wirklich weg, hätte sie in den Altparteien Nachfolger, von denen eine echte politische Wende bei den grossen für Deutschland gefährlichen Politikbereichen (Asyl-invasion, Eurorettung, Energiepolitik) nicht zu erwarten ist.

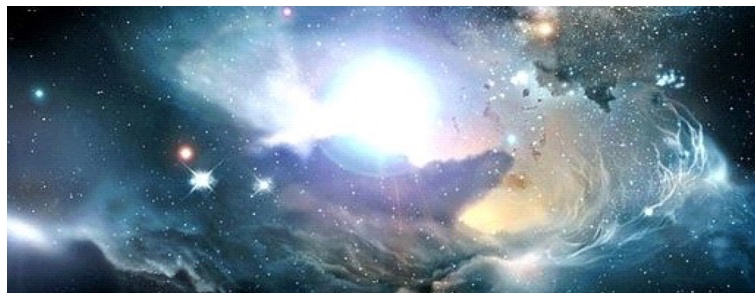
Ab nach Nordkorea

Die Bürgerbewegung «Pro Deutschland» griff eine Äusserung der EU-Parlamentarierin Franziska Keller auf, die in einem Gespräch mit der «Neuen Osnabrücker Zeitung» allen Ernstes gesagt habe, man müsse die östlichen EU-Staaten notfalls nötigen, tausende von Asylbewerbern aufzunehmen. Als ein Beispiel schlage die 35-jährige Politikerin vor, ein ganzes Dorf von Syrern im baltischen Lettland anzusiedeln. «Pro Deutschland» hat eine bessere Idee: Man solle «die Neomarxisten mit ihren wilden Utopien von Multikultistan» nach Nordkorea umsiedeln, in «die weltweit letzte Reinform eines totalitär linken Regimes». Dort in der «Demokratischen Volksrepublik» werde der ganze Sozialismus ohne «unsozialistische» Abweichungen gelebt. Das Land des Kim Jong-un sei somit logisch schlüssig ein Sehnsuchtsort der Linken (Pro-Deutschland-Rundschreiben vom 20. Juni 2017). Ein hübscher Gedanke. Ich fürchte nur, die Neomarxisten werden das ziemlich anders sehen.

Quelle: <http://www.journalistenwatch.com/2017/06/27/nun-sind-sie-halt-da/>

Könnte das Universum über ein Bewusstsein verfügen?

Fernando Calvo; Terra Mystica; Di, 27 Jun 2017 14:40 UTC



© NASA/ESA/ESO

Die Idee, dass das Universum über ein Bewusstsein verfügen könnte, fasziniert seit Jahrhunderten sowohl Wissenschaftler als auch Philosophen. Diese Überlegung beruht auf die als «Panpsychismus» bezeichnete metaphysische Theorie, die besagt, dass nicht nur das Universum ein Bewusstsein besitzt, sondern auch alle Objekte darin die Befähigung haben, zu denken und ihre Wege zu lenken.

Panpsychismus ist die Entwicklung geistiger (Anm. bewusstseinsmässiger) und mentaler Eigenschaften, wobei die Grundstrukturen dafür bereits als Vorstufen in der materiellen Welt vorhanden sind. Diese Vorstufen werden oft «proto-mentale» Eigenschaften genannt. Panpsychismus geht nicht davon aus, dass beispielsweise Atome oder Bakterien Schmerzen oder ähnliche Bewusstseinszustände erleben können und auch nicht, dass alle Dinge eine Seele haben. Das heisst, zwar besitzt alles im Universum diese (proto-)mentalen Eigenschaften, aber nicht alles entwickelt daraus auch ein Bewusstsein.

Und es mag zwar seltsam klingen, aber die Theorie hat auch unter den Wissenschaftlern eine wachsende Anzahl von Anhängern. Denn auch wenn sie ziemlich fantastisch erscheint, so ist es sehr schwierig, sie endgültig zu widerlegen. Der Physiker Gregory Matloff vom New Yorker City College of Technology veröffentlichte erst vor kurzem eine neue Studie zu diesem Thema und darin erklärt er, dass sich ein «Proto-Bewusstseinsfeld» über das gesamte Universum ausgedehnt haben könnte und somit der Kosmos, genau wie wir Menschen, ein Bewusstsein entwickeln konnte. «Es ist alles sehr spekulativ, aber es ist etwas, das wir überprüfen und entweder bestätigen oder widerlegen können», sagt er.

Vieles von dem, was heute den Panpsychismus definiert, entspringt dem Werk des britischen Physikers Sir Roger Penrose, der bereits vor 30 Jahren die Vorstellung propagierte, dass das Bewusstsein des Universums in den

statistischen Regeln der Quantenphysik verwurzelt liegt und in Verbindung zu den mikroskopisch kleinen Räumen zwischen den Neuronen im Gehirn steht. Penrose liess sich dabei wiederum von der Idee des deutschen Physikers Bernard Haisch inspirieren, der spekulierte, dass die Quantenfelder, die den leeren Raum durchdringen, für die Übertragung von Bewusstsein verantwortlich sind. Dies würde sich dann nicht nur in unserem eigenen Gehirn, sondern in jeder ausreichend komplexen Struktur entfalten können.

Ob dies jedoch tatsächlich jemals von uns bewiesen und verstanden werden kann, bleibt abzuwarten.

Quelle: <https://de.sott.net/article/29970-Konnte-das-Universum-uber-ein-Bewusstsein-verfugen>

Anmerkung der FIGU: Die Geisteslehre nennt es die ›Schöpfung Universalbewusstsein‹.

Smartphone reduziert die Gehirnleistung

Zentrum der Gesundheit; Di, 04 Jul 2017 17:21 UTC

Smartphones lenken ab. Ständig treffen Nachrichten oder Anrufe ein. Kinder werden dank der heute üblichen Smartphonennutzung häufig unkonzentriert, hyperaktiv und sogar fettleibig. Doch zeigen sich die Folgen der allgegenwärtigen Smartphones nicht nur bei Kindern. Auch Erwachsene werden durch Smartphones nicht gerade intelligenter, im Gegenteil: Die blossе Gegenwart des eigenen Smartphones – auch dann, wenn es ausgeschaltet ist – reduziert offenbar die Gehirnleistung, so eine Studie vom Juni 2017.

Smartphone-Folge: Geringere Gehirnleistung

Eine nachlassende Gehirnleistung ist nicht gerade erstrebenswert. Aber genau das soll die Folge des häufigen Smartphone-Konsums sein, entdeckten unlängst Forscher aus Texas.

Durchschnittlich 85-mal pro Tag nutzt ein Smartphone-Besitzer sein Handy und 91 Prozent der Bevölkerung verliessen laut der Deutschen Telekom schon im Jahr 2012 niemals ohne Smartphone das Haus. Denn Smartphones sorgen dafür, dass wir ständig online sein können.

Weit entfernte Freunde können so an unserem Leben teilnehmen und wir an ihrem; wir sind ständig ganz nah am Puls der Zeit, verpassen keine News, checken mal eben das Wetter, berechnen den heutigen Kalorienbedarf, kaufen Aktien und Klamotten, suchen passende Bett- oder Lebenspartner und orten die vagabundierende Hauskatze. Offline ist ein Ding der Unmöglichkeit geworden!

Vor zehn Jahren hätte sich kein Mensch diesen permanenten Online-Zustand vorstellen können, heute ist er für viele Menschen nicht nur unverzichtbar geworden. Sie sind ohne Smartphone und Internet gar nicht mehr lebensfähig, was laut einer Untersuchung aus dem Jahr 2015 auf mindestens 46 Prozent der Smartphone-Nutzer zutrifft (laut ihrer eigenen Aussage).

Häufige Smartphone-Folge: Beschwerden am Bewegungsapparat

Smartphones scheinen auf den ersten Blick sehr praktisch. Denn sie helfen ganz enorm dabei, das Leben zu organisieren und Zeit zu sparen. Allerdings haben wir heute weniger Zeit als je zuvor, so dass dieser vermeintliche Vorteil womöglich gar nicht zum Tragen kommt, da die gewonnene Zeit schnell mit weiteren Apps gefüllt wird.

Die massive Smartphone-Nutzung hat jedoch auch eindeutige gesundheitliche Nachteile. So las man am 21. Juni 2017 im Fachjournal ›Muscle & Nerve‹ beispielsweise, dass die häufigen Wischbewegungen, der übermässige Einsatz des Daumens und die typische Beugung des Handgelenks ein Karpaltunnelsyndrom auslösen können. Auch der sogenannte Handynacken ist weit verbreitet.

Kein Wunder findet man bei Vielnutzern von Smartphones sehr viel häufiger Beschwerden am Bewegungsapparat als bei Wenignutzern. Während bei den untersuchten Vielnutzern in einer früheren Studie mehr als die Hälfte über entsprechende Probleme klagte (245 von 451 Studenten), waren es bei den Wenignutzern nur 6 von 49 Studenten, so berichtete das ›Ärztblatt‹ am 23. Juni 2017.

Das jedoch ist nicht das einzige Problem. Denn Smartphones reduzieren ausserdem die Leistungsfähigkeit des Gehirns.

Smartphone beeinflusst Konzentrationsfähigkeit

Professor Adrian Ward von der McCombs School of Business an der University of Texas in Austin führte verschiedene Experimente mit annähernd 800 Smartphone-Nutzern durch. Es ist die erste Studie, in der festgestellt

werden sollte, wie gut Aufgaben erledigt werden können, wenn das Smartphone in der Nähe liegt, auch dann, wenn es gar nicht eingeschaltet bzw. auf stumm gestellt ist.

In einem Experiment wurden die Teilnehmer gebeten, am Computer verschiedene Testserien zu absolvieren. Die Tests erforderten volle Konzentration, um sie mit gutem Ergebnis abschliessen zu können.

Man wollte die augenblicklich verfügbaren kognitiven Fähigkeiten der Teilnehmer messen, also die Fähigkeit des Gehirns, sich Daten in einer vorgegebenen Zeit zu merken und zu verarbeiten.

Vor Teststart wurden die Teilnehmer verschiedenen Gruppen zugeordnet. Die eine sollte ihre Smartphones auf den Tisch legen – und zwar mit dem Display nach unten. Die anderen sollten es in ihre Tasche stecken und eine dritte Gruppe sollte es in einen anderen Raum legen. Alle Teilnehmer sollten ihre Smartphones auf stumm stellen.

Höhere Gehirnleistung, wenn das Smartphone in einem anderen Raum liegt

Die Forscher beobachteten, dass jene Teilnehmer, die ihr Smartphone in einem anderen Raum abgelegt hatten, die anderen Teilnehmer bei den Testaufgaben deutlich übertrafen. Der Unterschied war besonders stark zu den Teilnehmern, die ihre Smartphones auf dem Tisch liegen hatten. Etwas weniger auffällig war er im Vergleich zu den Teilnehmern, die ihre Smartphones in der Tasche hatten.

Diese Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass die bloße Gegenwart des Smartphones die verfügbare kognitive Leistungsfähigkeit reduziert und kognitive Funktionen beeinträchtigt – und zwar auch bei Personen, die glauben, sie würden ihre volle Aufmerksamkeit der augenblicklichen Aufgabe widmen.

Smartphone in der Nähe: Gehirnleistung schwindet

«Je näher sich das Smartphone beim jeweiligen Besitzer befand, umso stärker nahmen die kognitiven Fähigkeiten der Personen ab», erklärte Professor Ward. «Ihr Bewusstsein denkt nicht an das Smartphone, aber schon allein die Tatsache, dass Sie sich bemühen, nicht an das Smartphone zu denken, verbraucht einen Teil Ihrer limitierten kognitiven Ressourcen und sorgt so für eine Art Gehirnleistungsschwund.»

In einem anderen Experiment untersuchten die Forscher die Smartphone-Sucht der Teilnehmer. Sie wollten herausfinden, inwiefern das Gefühl, ein Smartphone zu benötigen, um den Tag zu überstehen, die kognitive Leistungsfähigkeit beeinflusst.

Die Teilnehmer sollten am Computer dieselben Testserien durchlaufen wie schon die Gruppen des ersten Experiments. Auch hier hatte ein Teil der Teilnehmer das Smartphone auf dem Tisch liegen (diesmal mit dem Display nach oben), ein anderer Teil steckte es in die Tasche und wieder ein anderer legte es in einen anderen Raum. Einige der Teilnehmer wurden gebeten, das Smartphone auszuschalten.

Bei Smartphone-Sucht: Schlechteste Gehirnleistung

Es zeigte sich, dass die Teilnehmer, die am meisten Smartphone-süchtig waren, die Aufgaben am schlechtesten lösten. Dieser schlechte Einfluss des Smartphones kam jedoch nur dann zum Tragen, wenn sie das Handy auf dem Tisch oder in ihrer Tasche liegen hatten.

Ward und Kollegen fanden ausserdem heraus, dass es nicht wichtig war, ob eine Person das Smartphone ein- oder ausgeschaltet hatte und auch nicht, ob es nun mit dem Display nach oben oder nach unten auf dem Tisch lag. Es genügte, das Smartphone in Sichtnähe oder in leicht erreichbarer Nähe zu haben, um die Konzentrationsfähigkeit der jeweiligen Person zu reduzieren und auch ihre Fähigkeit, Aufgaben zu bewältigen, da ein Teil ihres Gehirns ständig mit dem Gedanken beschäftigt war, das Smartphone eben nicht zu beachten.

«Es ist also nicht die Ablenkung des Smartphones etwa durch hereinkommende Nachrichten», sagte Ward. «Schon die bloße Anwesenheit des Smartphones genügt, um die Leistungsfähigkeit des Gehirns zu drosseln.»

Weitere Informationen insbesondere zu den möglichen Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung auf die Gesundheit finden Sie hier:

- Schlaflose Kinder durch Handy & Computer
- Handy ja, Strahlung nein?
- Gefährlich: Handy am Körper
- Krebsrisiko Handy
- Handy während der Schwangerschaft
- Handys verursachen Ohrspeicheldrüsenkrebs
- Gerichtsurteil: Handys verursachen Hirntumore
- Handystrahlung und Täuschungsmanöver
- Studien über die gesundheitsschädliche Handystrahlung
- Langzeitwirkung der Mikrowellenstrahlung

Quellen:

- Adrian F. Ward, Kristen Duke, Ayelet Gneezy, Maarten W. Bos. *Brain Drain: The Mere Presence of One's Own Smartphone Reduces Available Cognitive Capacity*. *Journal of the Association for Consumer Research*, 2017, (*Gehirnschwund: Die bloße Gegenwart des Smartphones reduziert die verfügbare kognitive Kapazität*), (Quelle als PDF)
- University of Texas at Austin (UT Austin). *«The mere presence of your smartphone reduces brain power, study shows.»* *Science Daily*, 23. Juni 2017, (*Die bloße Gegenwart Ihres Smartphones reduziert die Leistungsfähigkeit des Gehirns – so eine Studie*), (Quelle als PDF)
- Ärzteblatt: *Karpaltunnelsyndrom durch häufige Nutzung des Smartphones*, 23. Juni 2017, (Quelle als PDF)
- White P et al., *Effects of electronic device overuse by university students in relation to clinical status and anatomical variations of the median nerve and transverse carpal ligament*, *Muscle & Nerve*, 21. Juni 2017, (*Auswirkungen der übermäßigen Nutzung elektronischer Geräte von Studenten in Bezug auf den klinischen Zustand und anatomische Veränderungen des Medianus-Nervs und des Retinaculum flexorum*), (Quelle als PDF)

Quelle: <https://de.sott.net/article/30067-Smartphone-reduziert-die-Gehirnleistung>

IMPRESSUM**FIGU-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telefon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz